

Frührot über Deutschland

Von Wenzel Jaksch (Prag).

Der regierende deutsche Nationalsozialismus hat den ersten Paßübergang hinter sich. Von den blumigen Hängen seines Aufstieggeländes ist er in das Tal der Sorgen geraten. Ob er neuen Höhenweg findet? Ob sich das Tal zur unwegsamen Schlucht verengen wird? Prophezeiungen sind billig, aber Perspektiven sind notwendig. Man muß zuerst zu weit und zu kurz schießen, um ein bewegliches Ziel in die Gabel zu bekommen. Gegen eine Dauerherrschaft des deutschen Faschismus spricht noch immer: die Ungelöstheit der wirtschaftlichen, sozialen, wie der kulturellen Lebensprobleme des Volkes, die labile äußere Lage des Reiches, die Problematik des deutschen Daseins und jeder Regierungsform in der Zangensteilung zwischen Ost und West. Katastrophensituationen werden kommen, und keine italienische oder russische Parallele kann garantieren, daß der Nationalsozialismus sie heil überstehen wird. Der Sozialverfall, der Kulturabsturz des deutschen Volkes reichen zu tief, als daß sie ohne politische Erschütterungen vorbeigehen könnten.

Machtpolitische Entscheidungen reifen unsichtbar im Massenbewußtsein heran. Die Weimarer Republik war schon längst innerlich besiegt, ehe sie fiel. Noch ist es verfrüht, die materiellen Fragen der kommenden Entscheidung aufzurollen, aber die Frage will erörtert sein, wie weit die innere Bereitschaft der deutschen Arbeiterklasse zu neuem selbstsicheren Antritt auf der Bühne der Geschichte herangewachsen ist, ob sie seelisch und geistig vorbereitet ist auf die tragende Rolle, die ihr der große Wendepunkt der deutschen und europäischen Geschichte zuweisen wird.

Die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung war die größte menschliche Tragödie seit dem Weltkriege. Ungeheuer waren ihre Verluste nicht nur an wertvollen Menschenleben und Existenzen, sondern auch an politischem und kulturellem Lebensraum, der mühsam Schritt für Schritt erkämpft wurde und durch tausend stolze Erinnerungen geheiligt war. Es mußte eine schwere innere Reaktion eintreten, mit Depressionsstimmungen und selbstquälerischen Zweifeln. Wer aus den konvulsivischen Zuckungen dieses seelischen Krankheitsprozesses die künftige Marschrichtung der deutschen Arbeiterseele abzulesen sich vermaß, ist weit fehlgegangen. Alle gefühlsmäßigen Erklärungen über die Ursachen der Niederlage bedürfen einer Nachprüfung. Nach einer

Periode der Umwertung aller bisherigen sozialistischen Erfahrungswerte und Denkmaßstäbe muß der Prozeß neuer Klärung kommen. Ihn zu unterstützen und durch brüderliches Verständnis zu beschleunigen, scheint mir eine vornehme Aufgabe der außerdeutschen Sozialisten zu sein.

Die Entwicklung eines ereignisreichen Jahres hat manchen neuen Anhaltspunkt für die Beurteilung der deutschen Tragödie geliefert. Der innere Zusammenhang zwischen dem reichsdeutschen und dem österreichischen Geschehen ist nicht länger zu verkennen. Das entsetzliche Schauspiel der Folterung des deutschen Proletariats hat den Heldenmut einer Elite der österreichischen Arbeiter bis zu letztem Einsatz gesteigert. Das Versagen der Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft in den blutig-dramatischen Februarkämpfen wirft neues Licht auf die realen Abwehrmöglichkeiten, die dem deutschen Proletariat gegen den Ansturm des Hitlerismus gegeben waren. Nach dem Verlaufe des österreichischen Bürgerkrieges läßt sich die These nicht länger verfechten, daß in Deutschland die Trennungslinie von revolutionärer Gesinnung und Kapitulantentum zwischen der Führung und der Masse hindurch gegangen ist. Nun ist offenkundig die tiefe physisch-moralische Krise in der proletarischen Klasse selbst. Physisch ist diese Krise mit zu nennen, weil nach vierjähriger Zermürbung bei einem ansehnlichen Teil der Arbeiterklasse der Schrei des Magens die Stimme des proletarischen Gewissens übertrönt hat. Der Verelendungsprozeß konnte nicht automatisch in revolutionäre Entschlossenheit umschlagen, denn der gepeinigten Kreatur blieb noch der Ausweg der moralischen Kapitulation und die von den faschistischen Gruppen dargebotene oder vorgeschwindelte Möglichkeit, durch Verkauf der Seele den Körper zu retten. In diesem Stadium der Entwicklung ist der Hunger der große Bundesgenosse der Konterrevolution. Die Schrecknis des Hungerdaseins eines Dauerarbeitslosen ist so groß, daß ihr nicht nur der Arbeitslose selbst auf allen Wegen zu entinnen trachtet, daß aber auch bis in die Reihen der Beschäftigten hinein und bis in die Kreise der Amtswalter der Arbeiterbewegung hinauf der Wille zur politischen Aufruhrhandlung gelähmt wurde. Die sonderbare Tatsache, daß ein geringer Teil der österreichischen Eisenbahner mit der Waffe in der Hand gekämpft hat und der übergroße Teil nicht einmal streikte, wurde von einem nahen Beobachter so kommentiert, die Menschen hätten den Tod weniger gefürchtet, als die Entlassung. In der Tat: nur Kämpfer mit eisernem Charakter können es übers Herz bringen, in dieser Hungerpsychose des Krisentiefs nicht nur ihr Leben selbst einzusetzen, sondern gleichzeitig das Schicksal von Weib und Kind einem entmenschten Gegner auszuliefern. Die Scheidungslinie der Charaktere geht, wie die österreichischen Kämpfe offenbarten, quer durch alle sozialen und intellektuellen Zonen der Bewegung. Es sind Arbeitslose am Maschinengewehr verblutet, während sich ihre Leidensgenossen ruhig um die Unterstützung anstellten; es bewährten Intellektuelle bis an die Stufen des Galgens hinauf ihren Mut, während sich andere feige verkrochen; es haben Funktionäre aller

Rangstufen große proletarische Soldatentugenden gezeigt, indes andere schon in der ersten Stunde den Kopf völlig verloren hatten. Die Jugend überwog in den Kampfreihen, doch haben sich auch ergraute Männer herrlich betragen. Es gab Frauen, die den Männern die Munition reichten, Mädchen, die als Kundschafterinnen durch die Feuerlinie gingen; andere wieder haben aus Wut über die Verhaftung des Lebensgefährten seine Mitkämpfer schmählich denunziert. „Linke“ waren feig und „Rechte“ mutig, daneben boten verschriene Radikalinskis dem Tode wacker die Stirn und richtiggehende Reformisten bestätigten wieder die schlechte Meinung, die schon vorher über sie gebildet war.

So ist in den blutigen Februartagen eine ganz neue Wertskala der sozialistischen Tugenden entstanden. Die toten Arbeiterhelden hinterließen den Ueberlebenden die Lehre, daß es in Schicksalsstunden der Arbeiterbewegung ausschließlich auf die innere Bereitschaft jedes Bekennters ankommt.

In einem anderen Punkte hat freilich der Kampf in Oesterreich die reichsdeutschen Erfahrungen erhärtet, indem er erneut offenbarte, daß die historischen Daseinsformen der sozialdemokratischen Bewegung nur in geringem Maße den Anforderungen einer revolutionären Situation gewachsen waren. Dadurch wird nachträglich manche Kritik legitimiert, welche von innen heraus schon vor den Entscheidungen an der Verfassung des Apparates geübt worden ist. Oppositionellen Gruppen junger Sozialisten oder anderen Kritikern, die ihrem Unbehagen über den gegebenen Zustand nicht immer einen loyalen Ausdruck zu geben vermochten, ist eine traurige Rechtfertigung beschieden worden. Es muß gesagt werden: die Berechtigungen und die Bewährungen, auf denen der Führungsanspruch im kleineren oder größeren Bereich begründet war, waren aus geschichtlich überholten Situationen geschöpft und sind unter den neuen Verhältnissen nicht immer erneuert worden. Die stillschweigende Voraussetzung, daß ein Sozialist auch ein guter Revolutionär sein müsse, ist nicht überall eingetroffen. Dabei hat noch das Generationsproblem komplizierend gewirkt. Die notwendige innere Verjüngung wurde zumeist als Kampf einer unbewährten Jugend gegen bewährtes Alter interpretiert und verhindert. Dabei hat die Bewegung in ihrer vorrevolutionären Struktur der Jugend wenig Gelegenheit der Bewährung in selbständiger Leistung gelassen. In der illegalen Arbeit zeigt sich nun, daß die Jugend vor allem Aufgaben sucht, an denen sie ihren Mut und ihre Kraft messen kann und daß erst in zweiter Linie das Führungsproblem gestellt ist.

Im Zuge eines geistigen Klärungsprozesses ist es unerlässlich, diese Probleme, losgelöst von Haß und Liebe, historisch zu erfassen. Die vorrevolutionäre Arbeiterbewegung ist zum gut Teil durch die ungeschriebenen Gesetze der vorrevolutionären Situation auf Gebiete gedrängt worden, die heute als Abwege erscheinen. Die Auslese der Funktionäre vollzog sich unter dem Zwange der Tagesaufgaben. Von einem Sekretär wurde vor allem verlangt, daß er die sozialpolitischen Gesetze

beherrsche, als Ratgeber, Agitator und Unterhändler seinen Mann stelle. Bei der Bestellung von Bürgermeistern wurde wohl selten gefragt, ob der Kandidat auch eine Schlacht kommandieren könne (wie später der Genosse Sichelrader aus Steyr es getan), vielmehr darum, ob er ein tüchtiger Verwalter sei. So war es auch bei Sozialinstituten, Wirtschaftsunternehmungen und Genossenschaften. Man wird von dem frommen Wunsch Abschied nehmen müssen, bei künftigen Gelegenheiten soldatische Tugenden ohne weiteres bei Menschen vorauszusetzen, die wegen bestimmter fachlicher Qualitäten berufen werden. Freilich wird es in manchen Fällen politisch und moralisch zweckmäßiger sein, einen bürgerlichen „Spez“ zu bestellen, statt sich der Täuschung hinzugeben, daß durch Anstellungsdekrete Mitkämpfer zu gewinnen sind. Ja, es ist durch manche unliebsame Erfahrung mit Arbeiterbanken, Großunternehmungen und sonstigen großen Vermögensobjekten die Frage aufgeworfen, wie weit die Arbeiterbewegung ihre Selbsthilfeeinrichtungen in der kapitalistischen Gesellschaft vortreiben kann, ohne ihre taktische Handlungsfreiheit einzubüßen.

Die Illusion des Hineinwachsen-Könnens in den Sozialismus war aus der Zeit geboren. Man soll als falsch erkannte Theorien nicht hinterher zu begründen versuchen. Zur Klarstellung künftiger Möglichkeiten ist indes zu sagen, daß mit der Ueberschätzung der sozialen und kulturellen Arbeit Führer und Massen gemeinsam gesündigt haben. Wenn schon die Diskussion die Gemüter bewegt, ob nicht ein früheres Losschlagen den Sieg des Faschismus verhindert hätte — in Oesterreich wird der Zeitpunkt sogar auf den 15. Juli 1927 zurückverlegt — muß doch daran erinnert werden, daß der ganze Verlauf der bisherigen Geschichte keine erfolgreiche Massenrevolution kennt, die in nichtrevolutionärer Zeit durch Beschluß herbeigeführt worden wäre. Der mitteleuropäische Durchschnittsprolet hat bis 1930 die Referenten in den Versammlungen nicht gefragt, wann die Revolution denn schon losgehe. Lohn- und Unterstützungsfragen interessierten ihn mehr. Der geläufigste Vorwurf auch der Kommunisten gegen Partei und Gewerkschaften war der, daß sie sozialpolitisch und lohnpolitisch zu wenig aus den Kassen der Kapitalisten herausholen. Was mußten nach dem Kriege nicht für Kunststücke gemacht werden, um proletarische Randschichten in Kulturorganisationen zusammenzuhalten, in Sparten, wie die der Kegler und Markensammler, deren Tätigkeit vielleicht unterhaltend, aber mit sozialistischem Revolutionsgeist nicht immer verwandt war. Das Grundmotiv solcher Entwicklung war einfach dies, daß der Lebenshunger der Kriegsgeneration unerhörten neuen Lockungen des Daseinsgenusses (Kino, Wandern, Sport) gegenüberstand und sie entweder innerhalb oder außerhalb der proletarischen Organisationen auskosten wollte. Um ihre Massengrundlage zu bewahren, mußte die Arbeiterbewegung in einen großen Aufgliederungsprozeß eintreten, der aber eine Atomisierung ihrer Kräfte, statt deren Konzentration für die nahende revolutionäre Aufgabe herbeiführte. Die Kommunisten, die in dieser Periode eine revolutionäre Elite der Arbeiter beisammenhalten wollten,

sind auch zu keinem Ziel gekommen. Man wird daher in diesem Punkte eher von Schicksal, denn von Schuld sprechen können.

Die mitteleuropäische Arbeiterbewegung ist mit dem ganzen Gepäck ihrer Vorkriegsideologie in die Nachkriegssituation hineinmarschiert und hat sodann nicht die Wendigkeit besessen, sich all den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Grundvorstellung einer organischen Entwicklung zum Sozialismus herrschte vor. Sie war dem tiefen humanistischen Gehalt der Bewegung gemäß. Das wichtigste organisatorische Rüstzeug war der vorkriegszeitlichen Aufgabenstellung angemessen, die entscheidend darin bestand, in einer gesunden bürgerlichen Gesellschaft um den proletarischen Anteil am Sozialprodukt und am ganzen öffentlichen Leben zu ringen und dabei schrittweise zu den wirtschaftlichen und staatlichen Machtpositionen vorzudringen. Daß diese Haltung nicht von Anfang an falsch war, zeigt die Entwicklung in jenen europäischen Ländern, die nicht am Kriege beteiligt waren und doch im Bannkreis des demokratischen Sozialismus liegen. In den skandinavischen Ländern, aber auch in Holland und der Schweiz ist die Arbeiterbewegung mit friedlich-demokratischen Mitteln ihren Zielen weit näher gekommen. Der friedliche Vormarsch des mitteleuropäischen Sozialismus blieb im Schutt der wirtschaftlichen und moralischen Kriegsverwüstungen stecken. Der Faschismus ist primär nicht eine soziologische Erscheinung, sondern eine Nachgeburt des Weltkrieges. Nur in kriegsbeteiligten Ländern konnte er sich bisher durchsetzen, wobei die durch den Sieg enttäuschten oder durch die Niederlage verbitterten Völker am empfänglichsten waren. In dem sozialistischen Weltbilde fehlte die historische Realität des versteinerten Nationalismus in der europäischen Kontinentalzone. Er ist in diesem Bereich dritte große Gegebenheit neben Kapitalismus und Sozialismus. Seinem Gewicht ist es zuzuschreiben, daß das wirtschaftlich bankrotte Bürgertum die Krise zu einem politischen Offensivstoß größten Ausmaßes ausnützen konnte, während in der angelsächsischen Welt der Monopolkapitalismus in Abwehrstellung gedrängt wurde. Die politische Dynamik des zentraleuropäischen Uebervölkerungsproblems muß noch der sozialistischen Ideologie und Taktik einverleibt werden. Nur von dieser Basis aus wird der elementare Pendelschlag der deutschen Volksgesinnung zu ergründen sein, der die Positionen der Arbeiterbewegung zermürt und zermalmt hat.

Ohne Einzelentscheidungen zu verteidigen, wird man in dieser Situation, da sich die Lage der Demokratie in dem siegreichen, von der Krise unvergleichlich schwächer betroffenen Frankreich so prekär gestaltet hat, die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr ausschließlich taktischen Ursachen zuschreiben können. Das Phänomen, daß die Hälfte eines großen Kulturvolkes freiwillig seine Freiheiten preisgibt, ist innenpolitisch nicht zu erklären. Die deutschen Sozialisten haben keine Ursache, durch ein lautes *pater peccavi* die Verantwortung des siegreichen Imperialismus an der Gemütsverfassung großer Teile des deutschen Volkes, insbesondere seiner Jugend zu mindern. Die

Forschheit, mit denen redliche Verständigungsarbeit deutscher republikanischer Regierungen von den entscheidenden Partnern abgetan wurde, steht in zu auffallendem Gegensatz mit dem Uebermaß von Vorsicht und Verständnis, welches den außenpolitischen Methoden Hitlers entgegengebracht wird.

(Bleibt noch eine Frage zu klären, die gerade unter der Arbeiterschaft Deutschlands den Eintritt in einen ideologischen Gesundungs- und Klärungsprozeß unerfreulich lange verzögert hat. War die ehrenvolle Niederlage im Bürgerkriege der Kapitulation vorzuziehen? Darüber sind bisher nur gefühlsmäßige Urteile gefällt worden. Daß revolutionäres Heroentum unerhörte Zeugniskraft ablegt, bleibe außer Streit. Doch die blutige Niederlage ist schwerer. Nur den Zuschauern ist sie erträglicher, nicht den Geschlagenen. Wenn Hunderte oder gar Tausende von Toten zu beklagen sind, ist die Diskussion über die Ursache der Niederlage nicht gemüthlicher. Die Tatbestände sind auch dann stimmungsmäßig verdunkelt. Vielleicht könnte die endlose Diskussion über dieses Thema durch die Einigung darüber eingedämmt werden, daß Plädoyers für die möglichst blutige Niederlage künftig nur von denen entgegengenommen werden, die selbst bereit waren, ihr Blut zu vergießen, abgelehnt werden aber von jenen, die lediglich zur Befriedigung ihrer literarischen Ambitionen andere den Heldentod sterben lassen wollten. Sozialistische Auslandsparteien, die selbst noch keine revolutionäre Feuerprobe abgelegt haben, sollten mit ihrem Urteile mindestens solange zuwarten, bis sie selbst aus der Gefahrenzone des Faschismus sind.

Frührot über Deutschland? Es steigt nicht aus den Skandalen und Wortbrüchen des Nationalsozialismus empor. Auf geht es mit der morgendlichen Stunde, da in der Arbeiterseele die Bereinigung des Vergangenen abgeschlossen ist und zukunftsfrohem Planen weicht. Die vom Nationalsozialismus enttäuschten Hoffnungen suchen einen neuen Kristallisationspunkt. Solange kein Fleckchen neuer Legalität da ist, die Fahne des Sozialismus wieder sichtbar aufzurichten, muß der Mann selbst Fahne sein. Der deutsche Arbeiter muß in den Tagen der Knechtschaft sein eigener Feldherr sein. Die Auslandsvertretung der alten Partei hat als Vermittlungsstelle der Erfahrungen und Pläne eine wichtige Funktion. Allein ihre Verlagstätigkeit rechtfertigt ihre Existenz, denn wenn in der ganzen Führung der Standpunkt des wehrlosen Zuhausebleibens obsiegt hätte, wäre die geknebelte deutsche Arbeiterklasse auch eines ausländischen Sprachrohres beraubt und könnte durch ihre Kerkergitter das niederdrückende Schauspiel genießen, wie sich ein Dutzend von Emigrantengruppen um den Anspruch der Auslandsführung rauft. Das Führungsproblem ist nur in neuer Situation neu zu lösen, aber einen menschlichen Anspruch hat die alte Führung unstreitig zu stellen: ihr Tun und Lassen — das gerade in der illegalen Zeit im Dunkel liegen muß — vor den deutschen Arbeitern rechtfertigen zu dürfen.

Eine siegreiche Revolution braucht die Sprengwirkung aufgehäuften

Explosivstoffes. An Rachegefühlen mangelt es in Deutschland nicht und die erste Aufgabe der Revolution ist es, sie zu entzünden. Hinter der blutigen) Abrechnung in siegreichem Freiheitskampfe wartet aber die große Friedensaufgabe des deutschen Sozialismus. Das Rüstzeug und die Erfahrungen der Weimarer Zeit werden dabei unentbehrlich sein. Nun gilt es, die Dauerwerte der alten Bewegung von ihren Mängeln, die getilgt werden müssen, im Bewußtsein auszusondern. Das, was die deutsche Sozialdemokratie für Klasse und Volk bedeutet hat, kann nicht an nationalsozialistischem oder kommunistischem Ellenmaß nachgemessen werden, sondern ist nur im Vergleich mit dem ungeheuerlichen Versagen des Nationalsozialismus gerecht abzuschätzen. Heute ist weniger Anlaß denn je, den Ruhm des sechzigjährigen Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterklasse selbst in die Gosse zu treten. Die Methode soll den neuen Verhältnissen angepaßt werden. Die Gesinnung muß bleiben. Die neue Einheit der Klasse, die jeder Sozialist herbeisehnt, kann nur im Bemühen errungen werden, die Eigengesetzlichkeit der deutschen Revolution gegen jeden äußeren Gleichschaltungsversuch und gegen jede doktrinäre Einmischung diesmal sicherzustellen und jene Formen des sozialistischen Aufbaues zu finden, die der west-östlichen Zwischenstellung des deutschen Volkes gemäß sind. Wenn die alten Arbeiterlieder wieder erbrausen über ein befreites Deutschland, dann wird nur ein eisernes Zusammenstehen des Kaders sturmüberrausender Gesinnungssozialisten das Geschmeiß der Konjunkturritter und der plötzlich rotlackierten Landsknechte in Schach halten und die deutsche Revolution aus der blutigen Ekstase heraus auf das Feld großer sozialistischer Neugestaltung lenken können.

Im ereignisschwangeren Zwielficht des 1. Mai 1934 sei das erste Frührot der kommenden deutschen sozialistischen Arbeiterrevolution mit hoffnungsfrohen, erwartungsvollen Blicken begrüßt!

Oesterreichischer Aufstand und deutscher Sozialismus

Von Alexander Schiffrin.

Die österreichische Sozialdemokratie ist nicht dem österreichischen Faschismus, sondern dem Block der europäischen Gegenrevolution unterlegen. Am Feldzug gegen Wien haben Rom, Budapest, Berlin und der Vatikan teilgenommen. Es gibt keine nationale Gegenrevolution mehr. Die faschistischen Staaten treten rudelweise auf, sie versuchen von beiden Polen, von Rom und Berlin ausgehend, die Politik der europäischen Hegemonie zu treiben. In Oesterreich ist es zu einer Arbeitsteilung zwischen ihnen, wenn auch in Konkurrenz, gekommen. Während Hitler durch die Ausbreitung der Naziwelle in den klein-

bürgerlichen Massen die österreichische Demokratie aushöhlte, hat Mussolini durch Dollfuß-Fey den Staatsapparat besetzt. Das österreichische Proletariat ist dadurch international und in seinem eigenen Lande blockiert, zerniert worden. Was Februar 1934 in Oesterreich sich ereignete, war nicht der Zweikampf im nationalen Rahmen zwischen Proletariat und Faschismus, wie das in Italien und Deutschland war, sondern eine Intervention des internationalen Faschismus, dessen bloße Handlanger Fey und Dollfuß gewesen sind. 1934 ist gegen die österreichische Sozialdemokratie ein mächtiger faschistischer Staatenblock aufgetreten, durch die Verzichtspolitik der beiden demokratischen westlichen Großmächte angespornt. Der Gegensatz zwischen den beiden faschistischen Großmächten, zwischen Deutschland und Italien, konnte die Faschisierung Oesterreichs nicht verhindern, er hat nur zum Wettlauf um die österreichische Beute geführt, wie die Verständigung zwischen Rom und Berlin zur gemeinsamen Okkupation, zum Kondominium über Oesterreich geführt hätte. Die Folge des Sieges Mussolinis in Wien ist, daß die Restauration in Oesterreich in den Dienst des großitalienischen Imperialismus gestellt wird. Oesterreich als italienische Provinz — das ist historisch gesehen Italiens Rache für die Epoche des Risorgimento, für die Jahrzehnte der Knebelung und der nationalen Erniedrigung Italiens durch Oesterreich, politisch — Mussolinis Rache an der österreichischen Sozialdemokratie, die die Ausdehnung des italienischen Faschismus nach dem Norden verhinderte, die Wacht am Brenner hielt, den Keil zwischen Italien und Ungarn geschoben hat. Der internationale Sozialismus darf die Blutschuld Mussolinis an dem faschistischen Staatsstreich in Wien nicht vergessen. Es ist kein Zufall, daß der ellenlange Aufruf der Kommunistischen Internationale zum österreichischen Aufstand Mussolini überhaupt nicht nennt, seine führende Rolle als direkten Organisator des Staatsstreiches nicht einmal erwähnt. In der kommunistischen Darstellung bleibt der italienische Drahtzieher des österreichischen Faschismus völlig im Schatten. Kein Wunder, weil Mussolini aus Rücksichten auf die Außenpolitik der Sowjetunion geschont werden soll, aber auch weil die Komintern Interesse an der Verdunkelung des wirklichen Tatbestandes hat, um durch die Beseitigung der Frage nach den internationalen Zusammenhängen die ganze Schuld an der Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie zuzuschieben. Man ist deshalb bereit, selbst Mussolini zu amnestieren.

Dieser Aufstand stellt ein einzigartiges Ereignis in der politischen Geschichte der Neuzeit dar. Zum ersten Male in der Geschichte der revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Volksmassen in Europa griff der Vortrupp des Proletariats zu den Waffen in einer gegenrevolutionären Situation. Der Mut der Kämpfer des österreichischen Aufstandes hat deshalb ein ganz besonderes Gewicht. In sämtlichen revolutionären Kämpfen von der großen französischen Revolution bis zu den europäischen Revolutionen von 1918, einschließlich der Revolutionen von 1848, der Pariser Kommune und der beiden russischen Revolutionen, griffen die Massen zu den Waffen nur, wenn sie durch

die revolutionäre Welle, die sie hochtrug und mit Optimismus lud, hingerissen wurden, wenn der Staatsapparat der Reaktion sich im Zustande der Zersetzung befand und die Reaktion unaufhörlich ihre Massengrundlage verlor. Der Staatsapparat der österreichischen Reaktion ist nicht zersetzt worden, im Gegenteil, er wurde durch die Vermehrung der Armee und die Bewaffnung der Heimwehren verstärkt. Die Massengrundlage der österreichischen Gegenrevolution war nicht in Auflösung begriffen, im Gegenteil, sie wurde immer breiter, wenn nicht die der Heimwehren, so die der Nationalsozialisten. Aber Dollfuß konnte nur deshalb die blutige Unterdrückung des Aufstandes wagen, weil er die nationalsozialistischen Massen Oesterreichs ganz richtig als wichtige Reserve gegen den proletarischen Aufstand einschätzte. In einer gegenrevolutionären Situation, wenn der nichtzersetzte Staatsapparat durch seine ungebrochene Macht die proletarischen Massen hypnotisiert, und der Faschismus die nichtproletarischen Volksmassen verseucht und für die Sache der Gegenrevolution gewinnt, ist ein Volksaufstand unmöglich. In dieser Lage kann nur die bewaffnete Elite der Partei, ihre Kampforganisation zu den Waffen greifen. Um so größere Bedeutung erhält dieser Kampf der revolutionären Minderheit. Die Kommunistische Presse versuchte den „Heroismus der Massen“ im Aufstande „dem Verrat der Partei“ entgegenzusetzen. Diese Lüge wird doppelt widerlegt. Der Aufstand war eben keine Erhebung der Massen, sondern der bewaffneten Elitetruppe der Partei. Die Partei hat dem Aufstand viel mehr gegeben, als bloß die Organisation und Technik: die Kampf-moral. Diese Kampf-moral war das Ergebnis der jahrzehntelangen erzieherischen Arbeit von Viktor Adler und Austerlitz und der Schüsse Friedrich Adlers; der sozialen Leistungen des roten Wien und der Kampfhaltung der „Arbeiterzeitung“, der politischen Führung Otto Bauers und der militärisch organisatorischen Schulungsarbeit von Julius Deutsch. Der Aufstand ist zur Prüfung der österreichischen Sozialdemokratie geworden, ihrer Wehrhaftigkeit und ihrer gesamten Leistung. Um in der Zeit der tiefsten Depression 30.000 Schutzbündler aufstellen zu können, war die Parteiorganisation von 600.000 notwendig.

Die internationale Auswirkung des österreichischen Aufstandes galt in erster Linie Deutschland. Die Gegenrevolution hat ihre Herrschaft von Schleswig bis Kärnten aufgerichtet, die blutigen Kämpfe in Oesterreich haben die Etappe der Niederlage des deutschen Sozialismus abgeschlossen, nicht nur des Sozialismus in Deutschland, sondern auch des Sozialismus der deutschen Zunge, des mitteleuropäischen Sozialismus. Der Aufstand ist zur eigenen Sache des deutschen Sozialismus geworden. Die österreichischen Arbeiter haben nicht allein für sich gekämpft, sondern auch für die geknechteten Arbeiter im Reich. Die Kanonenschüsse von Wien und Linz sind in den Arbeitervierteln von Berlin und Hamburg, von Leipzig und Köln gehört worden. Vor uns liegt der Brief einer aktiven sozialdemokratischen Gruppe aus dem Reiche, geschrieben in den Tagen des Aufstandes: „Oesterreich erweckt in uns allen Bewunderung, Grauen und Neid. Bewunderung über den Mut, Grauen über den Tod und Neid:

die Oesterreicher haben gekämpft, wir nicht.“ Die sozialistischen Arbeiter im Reich fragen sich jetzt: Wenn die menschenarmen und verelendeten Industriedörfer Steiermarks zu den Hochburgen des proletarischen Widerstandes gemacht werden konnten, welche gewaltige Schlagkraft hätte die Arbeiterschaft Berlins, Hamburgs, Sachsens, des Ruhrgebietes zeigen können? Der heroische Kampf der österreichischen Sozialdemokratie hat die verhängnisvolle Legende von dem unrevolutionären „Nationalcharakter“ der deutschen Arbeiterschaft widerlegt. An Mut und Zähigkeit haben die österreichischen Arbeiter in den Reihen des Schutzbundes selbst die beiden klassischen revolutionären Nationen, die Franzosen und die Russen, übertroffen. Die Kämpfe in Oesterreich haben gezeigt, welches gigantische Kampfpotential der reichsdeutschen Arbeiterklasse nicht in Bewegung gesetzt wurde. „Wir haben verabsäumt, aus der Masse unserer Anhänger wirkliche Soldaten der Revolution gegen den Faschismus heranzubilden“, schrieb vor einigen Monaten im „Kampf“ Friedrich Stampfer. Die österreichische Sozialdemokratie hat das nicht verabsäumt. An seiner Widerstandsunfähigkeit ist der deutsche Reformismus zugrunde gegangen. Er wird sich nach seinem politischen und moralischen Zusammenbruch nicht mehr erheben. Das Heldentum der Oesterreicher hat noch einmal die ganze Kampfunfähigkeit und Zerkahrenheit des deutschen Reformismus angesichts der angreifenden Gegenrevolution offenbart. Der österreichische Aufstand hat seine politische Liquidierung besiegelt.

Aber gleichzeitig hat der österreichische Aufstand die Legende von dem revolutionären Charakter des europäischen Kommunismus endgültig zu Grabe getragen. Die Kommunistische Internationale hat die Kapitulation der Kommunistischen Partei Deutschlands gutgeheißen, sie hat in ihrer Resolution erklärt, daß in der gegenrevolutionären Situation der Vortrupp des Proletariats nicht zu den Waffen greifen darf. Die österreichische Sozialdemokratie hat diese stalinistische Theorie der Kapitulation abgelehnt, sie griff zu den Waffen und hat die Schlacht geliefert. In ganz Europa hat sich ein einziger Kommunist gefunden, Georg Dimitrow, der den offenen Kampf gegen die Hitlerdiktatur wagte. Dieser einzige Kommunist ist nach Deutschland importiert worden, und die deutsche kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale müssen der Vorsehung danken, daß es der Göring-Polizei zufällig gelungen ist, Dimitrow zu verhaften. Wo wäre heute die KPD ohne Georg Dimitrow? Aber die österreichische Sozialdemokratie hat nicht einen, sondern 30.000 Dimitrows in den Kampf geführt, die dem Tode in die Augen schauten und mit der Gegenrevolution nicht in der Sprache der kühnen Repliken, sondern der Maschinengewehre und Handgranaten gesprochen haben. Im obenerwähnten Aufruf der Kommunistischen Internationale wird versucht, der Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie den Sieg des Bolschewismus in Rußland entgegenzusetzen: „der Weg des Bolschewismus ist der Weg des Sieges, der Weg des Reformismus ist der Weg der Niederlage.“ Als ob die revolutionäre Situation in Rußland 1917 sich mit der gegenrevolutionären Situation in Oesterreich 1934 ver-

gleichen läßt, als ob dem Sieg des Bolschewismus die Niederlage von 1905 nicht vorausgegangen und der leichte Weg zum Sieg nicht durch die demokratische Revolution im März 1917 geebnet gewesen wäre! Das europäische Proletariat wird den heroischen Kampf der österreichischen Sozialdemokratie nicht mit dem des Bolschewismus in Rußland vergleichen, wozu jede Vergleichsgrundlage fehlt, sondern mit der zeitlich und räumlich viel näher stehenden Kapitulation der KPD. Es wird aus diesem Vergleich Konsequenzen ziehen.

Oesterreich ist nicht zum deutschen sozialistischen Piemont geworden, von dem der konzentrierte Angriff gegen das Dritte Reich hätte geführt werden können. Es ist auch nicht die Freiheitsinsel geblieben, in der die Aufrechterhaltung der sozialistischen Organisation und die Pflege des sozialistischen Geistes für die künftige Aufbauarbeit im Reiche gesichert gewesen wäre. Die Hoffnung, daß legale österreichische Sozialdemokratie als Stützpunkt der illegalen sozialistischen Bewegung im Reiche bestehen bleibt, hat sich nicht erfüllt. Aber auch illegal wird die österreichische Sozialdemokratie eine mächtige Wirkung auf die Wiederaufrichtung der revolutionären sozialistischen Bewegung ausüben können. Die österreichische Sozialdemokratie ist in die Illegalität mit ganz anderem moralischem Kapital gegangen als die deutsche, nicht erschüttert durch die Vertrauenskrise. Sie hat der Bewegung im Reich das heroische Beispiel gegeben, sie wird ihr auch das Vorbild der illegalen Arbeit geben. In der Illegalität wird die österreichische Partei mehr Bewegungsfreiheit haben, als die Bewegung im Reiche, ihr steht der weniger gefährliche Feind entgegen. Die bürokratisch-polizeilich-klerikale Diktatur von Dollfuß-Fey, die so gerne eine echte faschistische Diktatur sein möchte, ist in Wirklichkeit keine. Sie ist deshalb unvergleichlich weniger gefährlich als die echte totale faschistische Diktatur Hitlers: sie zersetzt die Massen von innen her nicht, sie hat keine breite Massengrundlage. Deshalb auch die bedeutend größere Möglichkeit für die illegale Arbeit in Oesterreich im Vergleich mit dem Reich. Wenn aber Oesterreich von Berlin gleichgeschaltet und die Lage der österreichischen Sozialdemokratie in der Illegalität an die Lage der Bewegung im Reiche gewaltsam angeglichen wird, dann wird nicht die Stabilisierung der nationalsozialistischen Diktatur in Oesterreich auf die Tagesordnung gesetzt werden, sondern der europäische Krieg. Die Reichswehr wird dann vor den Toren Prags, Budapest, Belgrads, Triests und Zürichs stehen. Dann wird vom österreichischen Boden her die europäische Explosion erfolgen und dann wird im Schrecken des Krieges das deutsche Proletariat und sein österreichischer Vortrupp unmittelbar vor die revolutionären Aufgaben gestellt werden. Indessen hat die österreichische Sozialdemokratie gegenüber der illegalen Bewegung im Reich einen Vorsprung nicht nur an Bewegungsfreiheit. Sie ist in die Illegalität als eine einheitliche revolutionäre Organisation gegangen. Trotz der Gefangennahme beinahe ihrer gesamten Führerschicht und der furchtbaren Blutverluste, gelingt es ihr, die entscheidenden aktiven Kaders in die Illegalität zu überführen. Die österreichische Sozialdemokratie bleibt auch in der Illegalität ein politisch und

organisatorisch einheitlicher Körper, und nicht eine bunte Vielheit von Gruppen, Zirkeln, Richtungen und „Eliten“. Einheit der Bewegung und Kontinuität der Kaders bei rascher Umstellung auf die Erfordernisse der illegalen Organisation und bewußter Aufstellung der neuen revolutionären Aufgaben: hier zeigt die österreichische Sozialdemokratie der sozialistischen Bewegung im Reiche den Weg.

Die Niederlage in Oesterreich ist nicht nur Niederlage, sie ist ein Abschnitt des Kampfes gewesen. Jetzt wird das Proletariat ganz Mitteleuropas vor einheitliche revolutionäre Aufgaben gestellt. Nachdem Oesterreich zur italienischen Provinz geworden ist, ist nunmehr das österreichische Problem aufgehoben. Die österreichische Gegenrevolution kann jetzt nur noch durch die mitteleuropäische Revolution geschlagen werden. Der Aufstand der österreichischen Sozialdemokratie hat gezeigt, daß die mitteleuropäische Revolution ihren Ausgangspunkt in Oesterreich finden kann. Die österreichische Sozialdemokratie hat im Februar als der Vortrupp des Sozialismus der deutschen Zunge, des mitteleuropäischen Sozialismus, des europäischen Sozialismus schlechthin gekämpft. Der Aufstand war der letzte Freiheitskampf auf dem Boden der zusammengebrochenen mitteleuropäischen Demokratie und der erste Kampf um die antifaschistische proletarische Revolution in Mitteleuropa.

Es ist eine Tatsache von außerordentlicher Bedeutung für den blutenden deutschen Sozialismus, daß er in der österreichischen Sozialdemokratie einen festen Kristallisationspunkt erhält. Das Tempo der Wiederaufrichtung des revolutionären Sozialismus im deutschen Mitteleuropa ist entscheidend für die Zukunft des europäischen Sozialismus. Das deutsche Mitteleuropa bildet die zentrale Zone, den eigentlichen vulkanischen Boden der europäischen Krise. Hier hat die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht; sie ist in die soziale Krise umgeschlagen, die die gesellschaftliche Struktur des Kapitalismus zersetzt, die die sozialen Klassen deformierte. Diese soziale Krise trieb wiederum zu einer politischen Krise von gewaltigem Ausmaß, die mit dem Sieg der Gegenrevolution und mit faschistischen Staatsgründungen endete. Die innenpolitische Krise führt ihrerseits zur außenpolitischen, indem die Gegenrevolution im Reich durch Aufrüstung und Eroberungspolitik auf die Sprengung Europas hinarbeitet und der österreichische Faschismus sich an der abenteuerlichen Politik Italiens beteiligt. Der Turnus Gegenrevolution — Krieg — Revolution wird auf dem mitteleuropäischen Boden entfacht. Hier hat die Gegenrevolution gesiegt, von hier aus wird der Krieg vorbereitet, hier beginnt die Sammlung der Kaders für die antifaschistische proletarische Revolution.

Hier erweist sich die ganze Bedeutung des österreichischen Aufstandes für die Zukunft. Er ist in eine eruptive Phase der europäischen Entwicklung eingebettet. Der Sieg Thiers über die Pariser Kommune hat den Krieg liquidiert und die Revolution auf Jahrzehnte erwürgt. Nach diesem Sieg beginnt die lange Epoche der Stabilisierung des bürgerlich-demokratischen Staates in Frankreich und der Befriedung Europas. Der

Sieg von Dollfuß-Fey verspricht das Gegenteil von jener Wirkung: die Unstabilität und die Aushöhlung des Staates der christlich-faschistischen Gegenrevolution in Oesterreich und neue Kriegsgefahr für Europa. In Frankreich ist erst die nächste, die andere Generation nach der Niederschlagung der Kommune zur Trägerin des neuen Aufstiegs der Arbeiterbewegung geworden. Die heroische Tradition der Kommune ist zwar in der französischen Arbeiterbewegung aufrecht erhalten geblieben, aber nicht mehr ihre Methode, weil der französische Sozialismus das letzte halbe Jahrhundert sich auf dem Boden einer stabilen Demokratie entwickelte. In Oesterreich und in Mitteleuropa wird dieselbe Generation berufen werden an den entscheidenden Kämpfen teilzunehmen, die die Bataillone des Aufstandes stellte, und mit denselben Methoden. Das Tempo der historischen Entwicklung ist beschleunigt worden. Die Gegenrevolution in Oesterreich und in Deutschland wird nicht einmal die Ruhepause haben, die der russische Zarismus zwischen 1907 und 1914, zwischen der Niederschlagung der Revolution und dem Ausbruch des Weltkriegs erhalten hat. Sieben fette Jahre werden der mitteleuropäischen Gegenrevolution nicht beschieden sein. Die Bedeutung der großen revolutionären Kämpfe wird nicht durch die Umstände ihrer Entstehung oder ihre direkte Wirkung bestimmt, sondern durch die Entwicklung, die sie einleiten, vorbereiten und befruchten. Die Pariser Kommune ist unmittelbar als Versuch der revolutionär-demokratischen Vaterlandsverteidigung entstanden, ihre historische Bedeutung erhielt sie als erster Versuch der proletarischen Machteroberung. Der Moskauer Aufstand von 1905 ist die verlorene Schlacht auf dem Höhepunkt der demokratischen Volksrevolution gewesen, seine historische Bedeutung liegt in der Vorbereitung der beiden siegreichen Revolutionen von 1917 mit der revolutionären kommunistischen Diktatur als Abschluß. Der österreichische Aufstand war an sich eine verlorene heroische Defensivschlacht, aber sie hat für die proletarische Revolution in Mitteleuropa moralische Kampfergien geweckt und die Methode gezeigt, und ist dadurch zum Vorgefecht dieser Revolution geworden.

Der deutsche Sozialismus Mitteleuropas stellt den revolutionären Sektor der Internationale dar. Er bezieht im internationalen Sozialismus die Stellung, die die russische Sozialdemokratie vor dem Kriege bezog: Die revolutionäre sozialistische Bewegung im führenden Lande der europäischen Gegenrevolution. Nur ist der Unterschied zwischen den Kampfbedingungen für den Sozialismus in den freien Ländern, in den Rechtsstaaten von heute und in den heutigen Despoten noch viel größer als damals. Der demokratische Westen und das faschistische Mitteleuropa sind zwei verschiedene Welten. Nicht die ideologischen Bekenntnisse, sondern reale Kampfbedingungen und historisch auferlegte Aufgaben bestimmen heute den politischen Charakter einer Arbeiterpartei. Die deutsche Sozialdemokratie, die in absoluter Illegalität die Kadres für den gewaltsamen Sturz der faschistischen Diktatur, für die proletarische Revolution zu sammeln beginnt, ist radikaler als etwa die französische kommunistische Partei, die in die demokratische Legalität eingeschaltet

ist und praktisch, ob sie will oder nicht, durch die demokratischen Methoden auch gebunden wird. Die Sozialistische Internationale muß der revolutionären Arbeit und den revolutionären Aufgaben des Sozialismus der deutschen Zunge nicht allein Rechnung tragen, sie muß die Ideologie und die Praxis ihres revolutionären Sektors in die taktische Linie des gesamteuropäischen Sozialismus hineinverarbeiten. Die Schicksalsgemeinschaft des europäischen Sozialismus darf nicht durch die beschränkte reformistische Praxis zerrissen werden. Die österreichische Sozialdemokratie soll nun zur Sprecherin des revolutionären Sozialismus Mitteleuropas vor dem internationalen Sozialismus werden: die Qualität ihrer Führung, ihre moralische Autorität und ihre revolutionäre Erfahrung geben ihr das Mandat dazu. In Mitteleuropa entscheidet sich auch das Schicksal des westlichen Sozialismus. Der revolutionäre russische Sozialismus der Vorkriegszeit lag an der Peripherie des europäischen Sozialismus, der revolutionäre Sozialismus Mitteleuropas liegt in seiner Mitte. Von der Schlagkraft des Sozialismus der deutschen Zunge wird es abhängen, ob durch die Entfaltung der mitteleuropäischen Revolution der Sozialismus des Westens mächtigen Ansporn erhält. Von dem Bewußtsein ihrer internationalen Pflichten, von dem Kampf um die Macht im eigenen Lande und von der zielklaren und willensstarken antifaschistischen Außenpolitik der sozialistischen Parteien des Westens wird es abhängen, die Entfaltung der mitteleuropäischen Revolution zu beschleunigen.

Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Sozialismus

Von Leopold Franz.

Die Zerstörung aller rechtsstaatlichen Garantien durch das faschistische System zwingt uns zu einer Prüfung, ob und inwieweit der Rechtsstaatsgedanke mit dem sozialistisch-marxistischen Ideenkreis vereinbar ist. Die Frage ist nicht eine theoretische, sie hat eine unerhört politische Bedeutung. Ihre Klärung ist in den Jahren der Weimarer Republik kaum in Angriff genommen worden. Den Vätern der Verfassung wie den Führern der Sozialdemokratischen Partei erschien die Identität sozialistischer Politik und rechtsstaatlicher Aufbau des Reiches als eine Selbstverständlichkeit. In dem so verdienstvollen Buch Max Klingers „Volk in Ketten“ (Seite 48 ff.) wird der liberale Rechtsstaatsgedanke in den höchsten Tönen gepriesen und kritiklos marxistisch-sozialistische Forderungen mit den freiheitsverbürgenden Grundrechten in einem orthodox-liberalen Sinne identifiziert. Die Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtssprechung wird von Max Klinger offenbar zum sozialistischen Ideal erhoben. In der Auffassung, daß die Freiheitssphäre des einzelnen im Verhältnis zum

Staat prinzipiell unbegrenzt ist, erblickt Max Klinger offenbar zugleich auch eine sozialistische Forderung.

Das Januar-Programm des Partei-Vorstandes nimmt zu der Frage der Vereinbarkeit des Rechtsstaatsgedankens mit der sozialistischen Idee keine Stellung. Es wird in ihm die Einsetzung eines Revolutions-tribunals, die Aburteilung der Staatsverbrecher wegen Hochverrats (an welcher Verfassung?), die Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter, die Verstärkung des Laienelements in der Justiz und volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung für die revolutionäre Periode gefordert, und „nach der Sicherung der revolutionären Macht... der Aufbau des freien Staatswesens“ versprochen. Was unter einem „freien Staatswesen“ verstanden wird, wird nicht gesagt. Man fühlt sich versucht, dieses „freie Staatswesen“ so zu kritisieren, wie Karl Marx in seinen „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei“ (IV A) und Friedrich Engels in seinem an Bebel gerichteten Brief vom 28. März 1875 den „freien Staat“ des Gothaer Einigungsprogramms behandelt haben. Mir ist außerdem zur Zeit noch unverständlich, wie eine revolutionäre Diktatur volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung gewähren kann, ohne sich selbst die Existenz zu untergraben.

Wir wollen jedoch in den folgenden Zeilen keine Programmkritik üben, sondern zunächst das Verhältnis der Rechtsstaatsidee zu dem ökonomisch-politischen Unterbau untersuchen, um in einem folgenden Aufsatz das positive Verhältnis des marxistischen Sozialismus zum Rechtsstaatsgedanken klarzustellen.

Die ungeheurere Kraft, die propagandistische Wirkung der Rechtsstaatsidee darf keinesfalls unterschätzt werden. Sie zeigt sich auch darin, daß innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung der Streit darüber, ob der nationalsozialistische Staat ein Rechtsstaat ist oder nicht, leidenschaftlich geführt wird. Carl Schmitt leugnet den Rechtsstaatscharakter des neuen Staates, er sieht in ihm nicht einen Rechtsstaat, sondern einen gerechten Staat.*) Sein intimer Feind Köllreuter, Ordinarius für Staatsrecht an der Münchener Universität, hingegen verfolgt hartnäckig in seinen zahllosen Veröffentlichungen die Idee, daß das neue Regime einen neuen Rechtsstaatstyp, den nationalen Rechtsstaat, geschaffen habe, der von dem liberalen Rechtsstaat des neunzehnten Jahrhunderts und der Weimarer Republik scharf abzugrenzen sei.

I.

Der Begriff des Rechtsstaates ist eine Schöpfung des liberalen Bürgertums. Das Wort ist abgegriffen wie eine Münze, deren Konturen durch vielfachen Gebrauch fast unkenntlich geworden sind. Es ist eine spezifisch deutsche Sprachschöpfung, denn sowohl der Begriff wie auch das Wort Rechtsstaat sind dem anglo-amerikanischen Kulturkreis völlig unbekannt. Mit der Schaffung des Rechtsstaatsbegriffes identifizierte

*) „Fünf Leitsätze für die Rechtspraxis“, Berlin 1933, und „Staat, Bewegung, Volk“, Berlin 1933, S. 23.

das liberale Bürgertum seinen Staat mit dem Staat schlechthin. Indem es nur seinen Staat einen Rechtsstaat nannte, sprach es allen anderen Staaten, die seinen Anforderungen nicht entsprachen, den Rechtsstaatscharakter ab, machte es alle anderen Staaten zu Unrechtsstaaten, zu Despotien. In der Schaffung des Rechtsstaatsbegriffes zeigt sich die Tendenz, das Bürgertum mit der Nation und damit sein Staatsgebilde mit der Staatsidee schlechthin zu identifizieren. Dieser Prozeß der Identifizierung hat in allen nichtliberalen Gruppen ein außerordentlich starkes Minderwertigkeitsgefühl erzeugt, das dazu führte, auch Staatsgebilde, die mit dem Rechtsstaatsbegriff nichts mehr zu tun haben, als Rechtsstaaten zu bezeichnen.

Die sozialistische Verfassungstheorie der Weimarer Republik hat, anknüpfend an die sozial-liberale Tradition in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts (Robert von Mohl) versucht, auf dem Boden der Weimarer Verfassung die Idee des sozialen Rechtsstaates zu schaffen, welcher, beruhend auf dem altliberalen Erbgut von 1789, Ausdruck der Idee der Befreiung der Arbeiterklasse sein sollte. Diese, insbesondere von Hermann Heller und Franz Neumann unternommenen Versuche sind mit der Weimarer Verfassung gescheitert, nachdem sowohl von sozialistischer (Otto Kirchheimer) als auch von bürgerlicher Seite (Carl Schmitt, Albert Hensel) Kritik daran geübt worden ist.

Die Idee des Rechtsstaates entfaltet sich nur dann klar, wenn der Rechtsstaatsgedanke im Zusammenhang mit dem ökonomischen, politischen und philosophischen System des Liberalismus gesehen wird. Bei einer immanenten Betrachtung, einer Darstellung also, die sich auf den Boden der liberalen Gedankenwelt stellt, enthüllt sich der Liberalismus nicht als eine Anarchie, sondern als eine bestimmte Art von Ordnung. Das rechtliche Ordnungsprinzip des liberalen Systems ist die rechtliche Freiheit, die sich in Eigentums-, Vertrags- und Gewerbefreiheit aufspaltet. Die Ordnung wird hergestellt durch den Wirtschaftskampf. Sie besteht in einem *Equilibrium*, einem Gleichgewicht, das am klarsten in den ökonomischen Werken Pareto dargestellt ist.

Dem liberalen System entsprach ein bestimmter Gesetzesbegriff. Gesetz war nur eine allgemeine rationale Regel, die für eine unbestimmte Anzahl zukünftiger konkreter Tatbestände galt. Dem liberalen Rechtssystem ist demnach das individuelle Gesetz, das einen bestimmten einzelnen Fall gesetzgeberisch regelt (also etwa das Eigentum der Person X entzieht), völlig unbekannt. Denn das Gesetz sollte Eingriffe in Freiheit und Eigentum ermöglichen. Solche Eingriffe mußten aber kontrolliert und der Willkür der Verwaltung entzogen sein, sie durften nur auf Grund solcher allgemeiner Normen erfolgen.

Erst in diesem Zusammenhang wird uns die Bedeutung der Gewaltenteilung verständlich, wobei wir dahingestellt sein lassen wollen, ob mehr die Lockesche oder die Montesquieusche Idee der Gewaltenteilung den liberalen Forderungen entsprach. Jedenfalls bedeutet Gewaltenteilung stets etwas Doppeltes. Sie bedeutet ein-

mal Gewaltunterscheidung, nämlich die Unterscheidung zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, wobei die Gesetzgebung stets den Primat hatte. In diesem Sinne werden bestimmte staatliche Aufgaben bestimmten Staatsorganen zugeteilt. Die Gesetzgebung liegt in der konstitutionellen Monarchie gemeinsam bei der Krone und beim Parlament, die Verwaltung bei der Krone und die Rechtsprechung bei unabhängigen und nur dem Gesetz — d. h. der allgemeinen Norm — unterworfenen Richtern.

Die Gewaltenteilung hat aber einen zweiten Sinn, nämlich den einer echten Teilung der Gewalt, nämlich einer Verteilung der Staatsgewalt zwischen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen. König und feudale Reste beherrschen die Exekutive und nehmen an der Gesetzgebung teil. Das Bürgertum beherrscht die Rechtsprechung, indem es die Richter liefert, und ist gleichfalls an der Gesetzgebung beteiligt. Das Proletariat spielt in diesem System keine politische Rolle. Die Gewaltenteilung funktioniert nur solange, als die Arbeiterbewegung noch nicht politisch erwacht und organisiert ist. So wie die antike Demokratie auf der Sklavenarbeit beruht, ist der gewaltenteilende bürgerliche Rechtsstaat nur vorstellbar auf der ökonomischen Basis der freien Lohnarbeit, wenn die Arbeiterschaft sich noch nicht zur Klasse konstituiert hat.

In einem solchen System hat die Exekutive nur negative Aufgaben. Ob man die Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes, die des House of Lords oder die des amerikanischen Obersten Bundesgerichtes studiert — die Verwaltung hat sich darauf zu beschränken, die zur Sicherung von Freiheit und Eigentum notwendigen polizeilichen Maßnahmen zu treffen, um die Freiheit und Eigentum drohenden Gefahren abzuwenden.

Rechtsprechen im gewaltenteilenden Rechtsstaat ist Anwendung der allgemeinen rationalen Norm auf einen konkreten Tatbestand. Die richterliche Aufgabe wird als eine mechanistisch-logische vorgestellt. Der Richter ist nach dem Montesquieuschen Wort nichts anderes als der Mund des Gesetzes.

Der Rechtsstaat steht nur und ausschließlich im Dienste der Sicherung von Freiheit und Eigentum, die als unverletzliche und vorstaatliche Freiheiten vorgestellt werden, prinzipiell unbegrenzt, und nur in Ausnahmefällen dem Eingriff des Staates unterworfen. In diesem System besteht eine grundsätzliche Vermutung für die Freiheit des Bürgers und gegen den Zwangseingriff des Staates. Die Gewaltenteilung in den beiden dargelegten Funktionen richtet ein System von Balancen und Hemmungen ein, die verhindern, daß die Staatsgewalt in einer Hand konzentriert ist.

Das dem Rechtsstaat angemessene philosophische System ist das der Aufklärung. Der formenden seelischen Aktivität wurde gegenüber allem gegebenen Stoff ein unerhörtes Machtgebiet eingeräumt (Georg Simmel), aber doch nur, weil der Mensch als allgemeiner Mensch, als unendlich vollkommenes Wesen ohne individuelle Züge vorgestellt wurde

und dadurch allein eine prästabilisierte Harmonie (Georg Simmel) von Staat und Gesellschaft ermöglicht wurde. Kant selbst hat mit brutaler Offenheit Besitz und Bildung als die Grundlage für die Ausübung politischer Rechte ausgegeben.*)

II.

Dieser gewaltenteilende Rechtsstaat wird durch zwei Entwicklungsreihen denaturiert: die Entwicklung von der konstitutionellen Monarchie zur Massendemokratie mit parlamentarischer Ministerverantwortlichkeit und durch die ökonomische Entwicklung von freiem Konkurrenz- zum gebundenen Monopolkapitalismus. Inwieweit die politische Entwicklung wiederum von der ökonomischen bedingt ist, steht hier nicht zur Erörterung.

Die politische Bedingung für das Funktionieren des gewaltenteilenden Rechtsstaates ist überaus klar von Marx in seiner Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie ausgeführt. Nachdem er beschrieben hat, daß im Mittelalter das Eigentum und der Mensch politisch waren, daß jede Privatsphäre ihren politischen Charakter gehabt habe, daß der Mensch, aber der unfreie Mensch das wirkliche Prinzip des Staates gewesen sei, fährt er fort:

„Es ist ein Fortschritt der Geschichte, der die politischen Stände in soziale Stände verwandelt hat, so daß, wie die Christen gleich im Himmel, ungleich auf der Erde, so die einzelnen Volksglieder gleich in dem Himmel ihrer politischen Welt, ungleich in dem irdischen Dasein der Sozietät sind... Erst die französische Revolution vollendete die Verwandlung der politischen Stände in soziale oder machte die Ständeunterschiede der bürgerlichen Gesellschaft zu nur sozialen Unterschieden, zu Unterschieden des Privatlebens, welche in dem politischen Leben ohne Bedeutung sind. Die Trennung des politischen Lebens und der bürgerlichen Gesellschaft war damit vollendet.“

Rechtliche Freiheit des Proletariats, politische Gleichheit, aber soziale und ökonomische Unfreiheit sind die Grundlagen des bürgerlichen Rechtsstaates.

Diese Grundlagen sind durch die oben aufgezeigten zwei Entwicklungsreihen in Deutschland in den Jahren 1919/32 zerstört worden. Sowohl in England wie in den Vereinigten Staaten sind ähnliche, sogleich zu beschreibende Tendenzen bemerkbar.

Es ändert sich zunächst der Begriff des Gesetzes und die Funktion der Gesetzgebung. Das individuelle Gesetz, das der bürgerliche Rechtsstaat nicht kennt, erhält infolge der Transformation zum Monopolkapitalismus nunmehr entscheidende Bedeutung. Wo dem Staat nur ein oder einige wenige Monopole gegenüber stehen, beschäftigt sich das Gesetz mit diesen individuellen Tatbeständen, anstatt allgemeine Normen zu geben und zerstört damit den Begriff des Gesetzes.

Ermächtigungsgesetze übertragen in einem ungeheuren Ausmaß die

*) Vergl. „Ueber der Gemeinspruch, das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“, Stuttgarter Ausgabe S. 63, 69, 74.

Gesetzgebung auf die Verwaltung. Rahmengesetze legen nur allgemeine Richtlinien fest und überlassen die entscheidende konkrete Ausgestaltung der Ministerialbürokratie. Eingriffe in die Freiheit des Bürgers erfolgen nicht nur zum Zwecke der Gefahrenabwehr, sondern zur Erreichung positiver, zum Teil in der Verfassung festgelegter Ziele. Die Arbeiterschaft, die sich zur Klasse konstituiert hat, stellt sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen, die nur auf Kosten des Eigentums des Besitzbürgertums befriedigt werden können. Welche Motive das Eigentum veranlassen, überhaupt Konzessionen zu machen, steht hier nicht zur Erörterung.

Diese Entwicklung bedingt eine ungeheure Machtstärkung der Exekutive. Sie erhält Legislativfunktionen übertragen, zugleich aber erfährt der Bereich der Verwaltungstätigkeit eine fortgesetzte Erweiterung. Der moderne Staat der Massendemokratie hat sich — aus Gründen, die hier nicht zu erörtern sind — in einen Interventionsstaat verwandelt, der zu einer Transformation des Gesetzgebungsstaates zu einem Verwaltungsstaat geführt hat. Zu gleicher Zeit macht die Bürokratie sich aber auch von der Kontrolle des Parlaments unabhängig. Die Suprematie des Parlaments, die von Locke als fundamentale Grundlage der Gewaltenteilung betrachtet wird, geht in demselben Augenblick verloren, in dem Vertreter der Arbeiterbewegung in erheblicher Zahl in das Parlament einziehen. Die Gründe für die Unmöglichkeit parlamentarischer Kontrolle über die Bürokratie liegen einmal in der technischen Kompliziertheit und Vielfältigkeit der modernen Verwaltung, sodann in dem Eigenleben, der Kollegialitätstradition der Beamtenschaft, die sich als ein eigener Körper im modernen Staat konstituiert, schließlich aber vor allem darin, daß im Koalitionsparteien-Parlament den Ministern, die theoretisch an der Spitze der Verwaltung stehen, ein Gegenspieler in Gestalt einer parlamentarischen Opposition fehlt.

Schließlich ändert sich in der Massendemokratie und in der Monopolwirtschaft die Funktion des Richters. War der Richter im gewaltenteilenden Rechtsstaat dem allgemeinen rationalen Gesetz unterworfen, so muß er nunmehr in einem immer steigenden Maße individuelle Anordnungen des Gesetzgebers und Recht, das von der Verwaltung geschaffen worden ist, anwenden. Zu gleicher Zeit zerstört die Monopolwirtschaft den rationalen Charakter des Rechts überhaupt. Rechtsinstitute wie „Treu und Glauben“, „Gute Sitten“, „Gesamtwirtschaft“, „Gemeinwohl“ und zahllose andere Generalklauseln treten in den Mittelpunkt der Rechtsanwendung, die sich damit naturgemäß in eine Verwaltungstätigkeit verwandelt. Aber diese Verwaltung wird ausgeübt von unabhängigen und unabsetzbaren Richtern. Sie erklären Gesetze für verfassungswidrig, die ihrer kapitalistischen Auffassung von der Verfassung widersprechen, sie hindern die Exekutive in der Durchführung ihrer Tätigkeit, soweit es sich um Intervention in Freiheit und Eigentum handelt, und bilden doch zusammen mit der Bürokratie einen Gegenstaat, um das Wort von Sorel zu gebrauchen, der das Uebergewicht des Parlaments endgültig zerstört und Verwaltung und Justiz ein ent-

scheidendes Uebergewicht über ein Parlament gibt, in welchem die Arbeiterbewegung maßgeblichen Einfluß hat.

Auch der Charakter der vorstaatlich gedachten Freiheitsrechte ändert sich in dem gleichen Augenblick, in welchem die Arbeiterschaft diese Freiheitsrechte für ihren Befreiungskampf in Anspruch nimmt. Denn fast sämtliche Freiheitsrechte sind mit dem Vorbehalt des Gesetzes ausgestattet, sind nur nach Maßgabe der Gesetze geschützt. Dieser Vorbehalt wird in zunehmendem Maße nicht vom Parlament, sondern auf dem Umweg über den Reichspräsidenten von der Bürokratie ausgefüllt, die Bedeutung der Freiheitsrechte schwächt sich mehr und mehr ab.

Das Ergebnis der Entwicklung ist, daß der Grundsatz des gewaltenteilenden Rechtsstaates nur noch in den Lehrbüchern des Staatsrechts und bei den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung existierte, denen der Glaube an diese Institution den Blick für die Tatsache verschlossen hat, daß in der parlamentarischen Massendemokratie die absolute Beherrschung der Verwaltung das Entscheidende ist, daß die Unabhängigkeit der Richter Phantom ist, und daß der moderne intervenierende Verwaltungsstaat eine völlig andere Auffassung vom Verhältnis der drei Gewalten haben muß, als sie im liberalen Rechtsstaat bestand.

Diese hier nur sehr knapp und konzentriert dargestellte Entwicklung der Zerstörung der Gewaltenteilung ist am klarsten in der Geschichte der Weimarer Republik verwirklicht, aber auch in England sind unzweifelhafte und zum Teil klar erkannte Ansatzpunkte einer gleichartigen Entwicklung vorhanden.

III.

Gewaltenteilender Rechtsstaat und vorstaatliche Freiheitssphäre sind — um noch eine kurze ideengeschichtliche Ergänzung zu liefern — Ausdruck des Liberalismus, der mit der Idee der Demokratie in einem Widerspruch steht. „Demokratie, das heißt eine aus tausend verschiedenen Quellen zusammengeströmte, nach Schichten ihrer Bekenner höchst verschiedene Weltanschauung, welche aber in einem konsequent ist: insofern die Macht des Staates über den einzelnen nie groß genug sein kann, so daß sie die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft verwischt“, so hat Jacob Burckhardt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen*) die Idee der Demokratie dargestellt. Karl Marx in seiner kritischen Schlacht gegen die französische Revolution hat die Unvereinbarkeit der freiheitlichen Menschenrechte mit der modernen Gesellschaft gezeigt, Rousseau hat mehrfach (Gesellschaftsvertrag I 7 und IV 8) den Konflikt von Demokratie und Freiheitsrechten aufgezeigt. Demokratie beruht auf Gleichheit, die ihr Formprinzip ist. Volkssouveränität bedeutet Identität von Herrschern und Beherrschten. Wie Lorenz von Stein formuliert hat, muß jede Person, um ganz frei zu sein, an der Volksherrschaft teilhaben, und „da natürlich der Be-

*) Kröners Ausgabe, S. 197.

griff der Persönlichkeit jedem einzelnen in gleicher Weise zukommt, so ergibt sich, daß dieser Teil für jeden ein gleicher sein muß“^{*)})

Dieser Konflikt zwischen dem Gleichheits- und dem Freiheitsgedanken hat sich in der Geschichte häufig, selbst in blutigen Kämpfen entladen — man denke nur an den Kampf zwischen der Bergpartei Robespierres und der Gironde —, daß es verwunderlich erscheint, daß diese selbstverständliche Einsicht in den kollidierenden Charakter von Demokratie und Rechtsstaat so wenig innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung Boden gefaßt hat.

Wir wollen damit nicht sagen, daß eine Demokratie auf jede freiheitliche Sicherung des Bürgers verzichten muß, daß der Rechtsstaatsgedanke völlig zu verschwinden hat, er wird vielmehr im Sinne der Hegelschen Dialektik „aufgehoben“, das heißt ausgelöscht und zugleich in eine andere, höhere Sphäre übertragen.

IV.

Wir fassen unsere Analyse dahin zusammen: die Idee des Rechtsstaats repräsentiert das Verfassungssystem des Liberalismus, der ökonomisch auf dem durch den Wettbewerb freier Unternehmer hergestellten Gleichgewicht, politisch auf dem Gleichgewicht zwischen Krone, feudalen Resten und Bürgertum beruht, eine einflußreiche politische Arbeiterbewegung nicht vorfindet und seine vorstaatlichen Freiheitsrechte durch Gewaltenteilung schützt.

In der parlamentarischen Massendemokratie hat sich das ökonomische Substrat durch das Auftreten industrieller Monopole und der politische Gehalt durch den Anspruch der Arbeiterbewegung verändert. Der Schwerpunkt staatlicher Tätigkeit verschiebt sich in die Verwaltung. Die Gesetzgebung tritt an Bedeutung zurück, die Freiheitsrechte verlieren ihren ursprünglichen Sinn.

In einem künftigen Aufsatz soll zu zeigen versucht werden, inwieweit die Idee der Freiheit verwertbar ist für den Uebergangszustand zur sozialistischen Gesellschaft und in der sozialistischen Gesellschaft selbst und wie das Problem des Konfliktes selbst zwischen Freiheit und Gleichheit zu lösen wäre.

Klassenbewußtsein und „Avantgarde“

Von Ottokar Puls.

„Marxismus heißt, das Wesen einer Bewegung aus ihrem Entwicklungsgesetz erfassen.“

Ludwig Neureither: „Klassenbewußtsein“. „Zeitschrift für Sozialismus“, Heft 5.

Die Analyse des Klassenbewußtseins, die Neureither zu geben bemüht ist, läuft offenbar darauf hinaus, daß ein im Marx'schen Sinne „richtiges“ Bewußtsein der Arbeiterklasse — unmöglich ist. Das „Ring-

^{*)} Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich, Band 3, S. 131.

mit dem bürgerlichen Bewußtsein der Arbeitermassen“ ist „permanent“, „die große Mehrheit der Arbeiterklasse“ muß immer wieder ein bürgerliches Bewußtsein entwickeln. Lenins Fehler bestand darin, daß er nicht „auf seine alte Theorie von der Bürgerlichkeit (!) der ganzen Arbeiterklasse zurückgegriffen“ hat, statt dessen nahm er wenigstens einen Teil aus der Zwangsläufigkeit des bürgerlichen Schicksals heraus, indem er die Spaltungshypothese der Arbeiteraristokratie aufstellte. Neureither ist hier leninistischer als Lenin, denn Lenins Theorie der Spaltung, so falsch sie ökonomisch und soziologisch ist, bedeutet die Anpassung der ursprünglich bürgerlich-bäuerlichen Revolutionskonzeption, wie sie 1902 von Lenin organisatorisch formuliert wurde, an die Bedingungen einer fortschreitenden Arbeiterbewegung. In demselben Maße, in dem der Leninismus zu Konzessionen an die Arbeiterklassenbewegung gezwungen wurde — nicht ideologisch, sondern durch das praktische Wachstum proletarischer Klassenkaders — schwächte sich sein jakobinischer Doktrinarismus ab. Heute, im Jahre 1934, wird die Reinheit der Lehre wieder hergestellt — durch Sozialdemokraten. Selbstverständlich ist auch diese „Dialektik“ kein Zufall.

Neureithers entwicklungsgeschichtliche Darstellung, die die Unmöglichkeit des proletarischen Klassenbewußtseins in der kapitalistischen Gesellschaft unter Beweis stellen soll, verfällt in denselben „idealistischen“ Fehler, den er Kautsky, Walcher und Trotzki mit Recht zum Vorwurf macht: er untersucht nicht etwa die konkreten sozialen Voraussetzungen, die für die Herausbildung oder das Versagen des Klassenbewußtseins entscheidend sind — das sind für ihn „objektive Faktoren“, deren Berücksichtigung zu einer „fatalistischen Deutung“ des Marxismus führen muß. Er geht lediglich von einem scheinbaren Erfahrungsschluß aus: in der Geschichte ist das Klassenbewußtsein noch nicht als durchschlagender Faktor aufgetreten — allerdings mit einer Einschränkung, auf die wir noch zurückkommen. Aber auch diese Feststellung wird nicht überprüft, sondern als ewige Kategorie vorausgesetzt, und Neureither ist schon dabei, die Reaktion auf den negativen Tatbestand bei Marx, Lenin und die Sozialdemokratie zu untersuchen. Der Grundfehler aller Marxisten — aller Marxisten zu allen Zeiten, in denen sie auftraten — bestand darin, daß sie auf der Ebene der Organisation den Ausgleich zwischen revolutionärer Theorie und bürgerlichem Bewußtsein, zwischen Avantgarde und proletarischer Masse, nicht verwirklichen konnten. „So kamen Marx und Engels in die verzweifelte Lage, allein Avantgarde innerhalb der Weltarbeiterbewegung sein zu müssen.“ Lenin befand sich auf dem richtigen Weg, aber er nahm die „Theorie von dem notwendig bürgerlichen Bewußtsein der Arbeitermassen“ nicht „ernst“ genug und in der vergeblichen Hoffnung auf die Erweckung des Klassenbewußtseins in einem Teil der Klasse griff er zur Spaltung. Selbstverständlich versagten auch Rosa Luxemburg und ihr Kreis gegenüber der Aufgabe, den „subjektiven Faktor“ zu meistern, denn sie waren „unfähig, organisatorisch konkret den Weg zur Schaffung einer revolutionären Führung zu zeigen“ und deshalb gezwungen, „sich einerseits auf ihren

ideologischen Einfluß, andererseits auf die diesem Einfluß entgegenkommende Spontanität der Massen zu verlassen... Sie wurden in einen eigenartigen Widerspruch hineingetrieben: Den revolutionären Charakter der Partei zu behaupten, während sie gleichzeitig den bürgerlichen Charakter der Parteipolitik bitter anklagten.“

Es ist notwendig, diese Sätze dem Leser noch einmal vorzuhalten, denn die suggestiven Formulierungen Neureithers hinterlassen einen antikritischen Affekt gerade bei denen, für die die Forderung „Neu beginnen“ so viel bedeutet wie die Entdeckung der revolutionären Arbeiterbewegung schlechthin. In der Tat sind den Miles-Anhängern deutlich Entdeckerfreuden anzumerken und es drängt sich die Frage auf, worin nun beispielsweise die Entdeckungen Neureithers bestehen. Da gibt es erstens die Leninsche Entdeckung von der „Bürgerlichkeit“ der Arbeiterklasse. Neureither darf sich rühmen, die letzten Konsequenzen dieser Entdeckung gezogen zu haben. Für ihn existieren keine soziologischen Bedingungen und Differenzierungen der „Bürgerlichkeit“. Die Arbeiter können ihn nicht mehr enttäuschen, er ist gegen alle Ueberraschungen durch die Einsicht von der „Bürgerlichkeit“ des proletarischen Bewußtseins gesichert — „denn bürgerliche Lebensbedingungen schaffen spontan bürgerliches Bewußtsein und nur die theoretische Einsicht in die zwangsläufige Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus kann bei einer kleinen Zahl von Individuen ein echtes sozialistisches Denken hervorrufen.“ Und hier liegt die zweite Entdeckung. Wenn nämlich die „Bürgerlichkeit“ eine ewige Gegebenheit ist und der Sozialismus nicht wie für Paul Löbe eine charitative Aktion, sondern eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft sein soll, dann muß es eine Anzahl einsichtiger Leute geben, die den bürgerlichen Arbeitermassen eine revolutionäre Führung präsentieren. Da die Arbeiterklasse als Ganzes, ohne soziale Differenzierung dem Fluch der Bürgerlichkeit verfallen ist — höchstens mit individuellen Ausnahmen, die sich zur intellektuellen Höhe der „Einsichtigen“ aufgeschwungen haben — kommt es nicht darauf an, einzelne Teile aus der „bürgerlichen“ Masse zu absorbieren, sondern lediglich darauf, die Avantgarde auf einen möglichst großen Teil wirken zu lassen. (Hoffentlich zieht Neureither auch die Konsequenz, die Organisation zu negieren. Die Arbeiter kommen nach ihm zu den Massenorganisationen, weil sie bürgerlich denken, weil sie einen Rahmen für ihre „notwendig bürgerliche Aktivität“ brauchen. Organisationen sind demnach notwendig nur insoweit, als sie der Avantgarde Wirkungsraum verschaffen, wobei es gleichgültig ist, ob sie sozialistisch, kommunistisch oder sonst was sind. — Melancholisch denkt man daran, daß zu den wenigen Maßnahmen nach dem Kriege, bei denen sich die deutsche Sozialdemokratie auf eine marxistische Tradition besann, der Ausschluß der Nelsonbündler aus der Partei gehörte.)

Fassen wir das Problem nun vom entgegengesetzten Ende an wie Neureither und fragen: warum waren die Marxschen Kommunisten weder eine Avantgarde noch eine revolutionäre Massenpartei; warum glaubte Lenin an die bürgerliche Mentalität der Arbeiter; warum war

die Luxemburgsche Spontaneität noch keine Lösung der revolutionären Führung; schließlich warum sind Miles, Neureither etc. heute wieder Leninisten und Avantgardisten? „Marx hatte instinktiv die Idee einer Avantgarde... ergriffen“, behauptet Neureither. Realisiert hat er die Idee nicht, offenbar aus dem Grunde, weil er „und sein Kreis“ noch nicht „einsichtig“ genug waren, eine andere Erklärung kann man aus Neureither nicht entnehmen. Die Marxschen Kommunisten waren allerdings nicht reif zur Führung der Klassenbewegung, sie stellten ein buntes Gemisch dar, aber sie waren nicht der Ausdruck einer ewigen Bürgerlichkeit des Proletariats, sondern das Produkt frühkapitalistischer, kleinbürgerlicher und sonstiger sozialer Entwicklungsbedingungen in den einzelnen Ländern. Als die revolutionäre Welle verebbte, kamen Marx und Engels keineswegs auf die Idee, eine Avantgarde für den kommenden Fall zu konstituieren, sondern sie untersuchten die „objektiven“ Ursachen der Niederlage, wobei sie übrigens die „objektiven“ Faktoren nicht etwa den „subjektiven“ gegenüberstellten, sondern aus diesem von ihnen als bürgerlich erkannten Dualismus ein höheres Gesetz des Klassenkampfes zu erarbeiten versuchten. Hat Marx tatsächlich die Fähigkeit des Proletariats zum Klassenbewußtsein bestritten? Im Gegenteil! Bei ihm findet sich die Unterscheidung der Klasse „an sich“ und der Klasse „für sich“, d. h. der Klasse lediglich ihrer sozialen Funktion gemäß und der Klasse mit Organisation und eigenem Bewußtsein. Weil dieser Prozeß der Umwandlung des proletarischen Bewußtsein ein höchst subtiles Produkt Marxschen Geistes ist und eine objektiv-subjektive Totalanalyse voraussetzt, verzichtet Neureither darauf, Marx methodisch zu folgen und wirft ihm „Fatalismus“ vor, was vielen aktionswilligen Genossen angenehm sein mag, aber deshalb noch nicht richtig ist. Der Marxist wird allerdings den reformistischen Stumpfsinn sich nicht zu eigen machen und sagen „nur in der Krise“ und „nur in der Konjunktur“ können die Arbeiter sich so und nicht anders verhalten; er wird vielmehr die konkrete Struktur der Krise, des Aufschwungs, der Depression untersuchen, um sich das Verhalten der Arbeiter zu erklären.

Lenin bestritt — wenigstens vor 1905, nachher hat er die Schärfe seiner Formulierungen wohl gemildert, ist aber grundsätzlich seinem Standort treu geblieben — die Existenz eines sozialistisch-revolutionären Bewußtseins der Arbeiter, weil die spezifischen Bedingungen der russischen Wirklichkeit nicht auf eine proletarische, sondern auf eine bürgerlich-bäuerliche Revolution hinielen und die „eisernen Kohorten“ der intellektuellen Avantgarden das Proletariat als Objekt zum Vollzug dieser Revolution benötigten. (Für solche sozialhistorische Korrekturen ist Neureither sicherlich unzugänglich, aber er sollte die Schriften von Martow, Dan und Axelrod doch einmal daraufhin prüfen.) Auch Rosenberg versucht in seiner „Geschichte des Bolschewismus“ eine unmittelbare Beziehung von Marx zu Lenin herzustellen, aber er kommt wenigstens auf marxistischem Wege zu einem neuen Resultat. Für Neureither hat die „bolschewistische Revolution die entscheidende Bedeutung einer so-

zialistisch-revolutionären Avantgarde aufgezeigt“ — aber er muß selbst zugeben, daß die Antriebskräfte der russischen Revolution „durch und durch bürgerlich“ waren. Es liegt nahe, die große Rolle der Avantgarde auf eben diese bürgerlichen Antriebskräfte zurückzuführen — aber Neureither vermag diese Fragestellung nicht zu sehen. Statt dessen wirft er Rosa Luxemburg vor, sie hätte die Spontaneität nur mangels der Unfähigkeit zur Führung erfunden und er ignoriert einfach den geschichtlichen Tatbestand, daß der Spontaneitätsgedanke — wenn er auch nicht exakt als reiner Klassenbegriff ausgebildet und demgemäß eingeschränkt wurde — doch mit Notwendigkeit aus dem Zweifrontenkampf herauswachsen mußte, den Rosa zu führen gezwungen war: dem Kampf gegen die bolschewistische Verherrlichung der bürgerlich-jakobinischen Minderheitsdiktatur und dem Kampf gegen die reformistische Bagatellisierung und Entrevolutionierung der proletarischen Sache. Reformismus und Bolschewismus hatten mindestens eine Gemeinsamkeit insofern, als sie beide — der eine durch seine Bürokratie, der andere durch seine „Avantgarde“ — an die Stelle der proletarischen Aktion die Aktion für das Proletariat setzten, womit sie auch gleichzeitig bewiesen, daß sie in Wirklichkeit ganz andere Klassen und Schichten vertraten als das industrielle Proletariat. Demgegenüber mußte eine marxistische Opposition, die von der Betrachtung und Erfahrung der Massenkämpfe ausging, wie sie teils im Gefolge, teils als Nachwehen der bürgerlichen Revolution auftraten und das Proletariat aktiv einbezogen, die Fähigkeit des Proletariats zur eigenen Bewußtseinsbildung und Aktionsfähigkeit besonders betonen; und so entstand der von Neureither angeprangerte „Widerspruch“, die Organisation des Proletariats als revolutionär und die Politik der Organisation als verbürgerlicht zu kennzeichnen: denn das Proletariat organisiert sich als Klasse — nicht mehr nur als Berufsgruppe, als Zunft oder auch als Gruppe von Berufsrevolutionären — zu einem tendenziell revolutionären Ziel. Und wenn die Klassenorganisation sich wegen einer Reihe von Umständen „verbürgerlicht“, dann kann dieser Prozeß nur durch die „spontane“ Fähigkeit der Arbeiterklasse selbst, sich im revolutionären Kampf mit dem Kapital gemäß seiner historischen Mission neu zu formieren, korrigiert werden.

Hier kann bereits konkret darüber ausgesagt werden, wie nun tatsächlich Klassenbewußtsein möglich ist. Neureither billigt nur „einer kleinen Zahl von Individuen“ mit theoretischer Einsicht in die Zwangsläufigkeit der Widersprüche des Kapitalismus“ die Fähigkeit zum „echten sozialistischen Denken“ zu. (Die feine terminologische Unterscheidung zwischen Klassenbewußtsein und „echtem sozialistischen Denken“ ist vielleicht Neureither selbst unbewußt, nichtsdestoweniger jedoch äußerst charakteristisch!) Mit anderen Worten: es sind die Intellektuellen — sicherlich nicht nur Akademiker — die primär und ausschließlich klassenbewußt denken können. Wer aber den marxistischen Fundamentalsatz nicht unter den Tisch fallen lassen will, wonach Bewußtsein gesellschaftliches Sein voraussetzt, wird jetzt buchstäblich von Neureither genarrt. Er muß einen talmudistischen Kopfsprung unternehmen und kann, wenn

er phantasiebegabt ist, feststellen, daß der sozialistische Intellektuelle ein Bewußtsein entwickelt, was dem gesellschaftlichen Sein der proletarischen Klasse entspricht, die ihrerseits in den Methoden und Inhalten der bürgerlichen Klasse denkt, der der Intellektuelle in der Regel zuzurechnen ist; man muß nämlich dem Terminus „bürgerlich“ auch einen Sinn geben, und wenn man schon darauf verzichtet, das „bürgerliche“ Denken in ein handwerkliches, kapitalistisches, wissenschaftliches Denken usw. aufzulösen — wenn man also den Arbeitern bürgerliches Bewußtsein schlechthin dekretiert — dann muß man gewärtigen, daß man auf seine eigene gesellschaftliche und geistige Herkunft gestoßen wird.

In Wirklichkeit vollzieht sich ein umgekehrter Prozeß. Der Intellektuelle stellt sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse und erst dadurch gewinnt er die Möglichkeit, vom Standpunkt der Klasse aus zu denken und gegenüber den im empirischen Klassenkampf wirksamen Einzelinteressen das Gesamtinteresse der Klasse bewußtseismäßig zu fixieren. Der einzelne Arbeiter entwickelt allerdings auf Grund seiner Daseinsbedingungen eine Neigung zur ideologischen Anpassung an die nächsthöhere gesellschaftliche Schicht: als Schrebergärtner und Familienvater ist der Arbeiter Kleinbürger, als Werkmeister Erfinder, als mit dem technischen Produktionsprozeß irgendwie verbundene qualifizierte Energie wird sein Klassenbewußtsein von einem technischen Bewußtsein verdrängt; aber als Klasse, in der Organisation, in der solidarischen Haltung gegenüber dem Unternehmertum und dessen staatlichen Hilfsinstitutionen können die Arbeiter Klassenbewußtsein entwickeln. Und nur das Klassenbewußtsein ist geschichtlich wirksam, das dort entsteht, wo den Arbeitern Dialektik „eingehämmert“ wird, wo die Praxis des revolutionären Kampfes mit dem vorausschauenden Denken zusammenfällt, mit anderen Worten: wo die Mehrheit der Arbeiter als Klasse den Kapitalisten gegenübersteht.

Neureither verhärtet gleichsam seine Bürgerlichkeitsthese in einem weiteren Aufsatz „Staat und Revolution“.^{*)} Auch in der Aktion wird das Bewußtsein des Proletariats nicht zum Klassenbewußtsein. Und er nennt es „die entscheidende Schranke des Marxschen politischen Bewußtseins“, daß Marx nicht mit den bürgerlichen Ideologien der Arbeitermassen gerechnet hat, die auch nach dem Sieg in Wirksamkeit bleiben. Damit ist ein neues Scheinproblem aufgerollt. Neureither geht auch hier seinen Weg bis zu Ende und macht das bewußtseismäßige Hineinwachsen des Proletariats in die von ihm geschaffene neue Gesellschaft davon abhängig, „daß die Avantgarde selbst und freiwillig einen Weg einschlägt, der die Massen zur Selbstbestimmung führt“.

Die „Avantgarde“ ist also nicht nur die selbstherrliche Führerin des Proletariats bis zur Revolution, ihre Selbstherrlichkeit erstreckt sich auf einen viel größeren, gedanklich überhaupt nicht mehr erfassbaren Zeitpunkt. Das Klassenbewußtsein ist nicht mehr das Resultat eines aus

^{*)} Heft 6 der Z. f. S.

konkreten geschichtlichen Erfahrungen zusammengesetzten Prozesses, es ist vielmehr eine ideale Form eines höchst fragwürdigen Zukunftssozialismus, bei dessen Verwirklichung und dessen Gestaltung das Proletariat immer nur Objekt und niemals Subjekt der Geschichte sein kann. Demgegenüber sehen wir die Herausbildung des Klassenbewußtseins schon in den elementaren Lebensäußerungen der Klasse, schon in jedem „simplen Lohnkampf“, der die Arbeiter in einen konkreten Klassengegensatz zum Unternehmertum bringt. Allerdings gibt es Stufen des Klassenbewußtseins. Die marxistische Analyse wird unermüdlich die Bedingungen studieren, unter denen eine tiefe Stufe von einer nächsthöheren abgelöst wird.

Wir haben ganz abstrakt gegenüber Neureither nachzuweisen versucht, daß proletarisches Klassenbewußtsein nicht nur möglich, sondern die einzige Garantie der proletarischen Aktion überhaupt ist. Miles, Neureither usw. bestreiten das, weil für sie der Schlüssel zur revolutionären Situation die Ausbildung der Avantgarde ist; sie verfallen dieser bürgerlich-revolutionaristischen Auffassung, weil sie nach dem Sieg des deutschen Faschismus und nach seiner Stabilisierung in der ersten Etappe an die revolutionäre Initiative der Arbeitermassen nicht mehr glauben können — was wiederum davon zeugt, daß sie der theoretischen Einsicht in die Widersprüche des Kapitalismus entweder ermangeln oder sie im marxistischen Sinn nicht anzuwenden verstehen. Es muß zugegeben werden, daß die Nichtbeachtung der Bedingungen des Wachstumsprozesses, denen das proletarische Klassenbewußtsein unterliegt, auf den ersten Anhub vielerlei Antriebskräfte für die illegale Arbeit vermittelt. Es eröffnet aber auch eine katastrophale Perspektive. Darüber und über die Funktion dieser Auffassungen in der illegalen Arbeit wird bei einer nächsten Gelegenheit zu sprechen sein.

GLOSSEN

Ein Charakter des Systems.

Herr Hjalmar Schacht hat sich — einem Brauch der Primadonnen des braunen Systems entsprechend — bei Lebzeiten eine Biographie schreiben lassen, in der Kübel von schmückenden Beiworten und gern gehörten Lobsprüchen über ihn ausgeschüttet werden. Bei diesen bestellten Lebensbeschreibungen kann man mit Fug und Recht sagen: die Biographie, das ist der Mann! Da bei Schacht die Eitelkeit den Ehrgeiz noch übertrifft, kommt die widerliche Sammlung von Lobsprüchen

nicht auf das Konto eines servilen Biographen, sondern auf das Konto des Bestellers.

Ein großer Mann, ein ganz großer Mann! Schon seine Schularbeiten und seine Seminararbeiten auf der Universität werden beweihräuchert, und dann hat er gar als junger Mann auch lyrische Gedichte gemacht, sogar Liebesgedichte! Der Mann muß jeden Fetzen Papier sorglich dem Biographieschreiber übersandt haben! Wir stellen uns die Gespräche des Schacht mit diesem Manne, einem gewissen Franz Reuter vor.

Wie will der Mann sich sehen? Hier sind zwei Stellen:

„Insbesondere ist ihm Georg von Siemens ein Vorbild größter Lebensklugheit gewesen. Hier hat er an einem anderen das studieren können, was ihm selbst später so sehr auszeichnet, nämlich wie man unbestechliche Charaktertreue mit weltgewandter Beweglichkeit verbindet und ein einmal gesetztes Ziel schmiegsam, aber beharrlich und anständig erreicht.“

„Seine absolut selbständige unabhängige Persönlichkeit mag Schacht der Außenwelt manchmal als von knorriger Eigenwilligkeit erscheinen lassen.“

Beweglich und schmiegsam, zugleich aber knorrig und eigenwillig — wie's gerade trifft! Mit der Beweglichkeit konnte man zur Zeit der Verhandlungen über den Youngplan Erfahrungen machen, was aber die Charaktertreue betrifft — Fehlanzeige!

Schacht hat in der Inflation und nach der Inflation Gelegenheit gehabt, die „nationale“ Gesinnung der Schwerindustrie kennen zu lernen. Jetzt wirft er sich an sie heran und läßt erklären, „daß vielleicht in keiner Gruppe der Industrie so viel Sinn für große nationale Aufgaben zu finden war, wie gerade bei maßgebenden Herren der Schwerindustrie.“

Diese sogenannte Biographie ist über den herkömmlichen Leisten geschustert. Der Held steht am Schlusse in der nationalsozialistischen Gloriette da, über seinem Haupte schwebt das Hakenkreuz, alles hat so kommen müssen und war schon in den ersten Schreibübungen des Kindes vorgezeichnet, und die Weltgeschichte ist mit dem Triumph des Helden zu Ende. Uns scheint das gerade jetzt etwas peinlich zu sein. Wenn nun Herr Schacht nicht mehr „alle Geldbeschaffungspläne unberufener und unverant-

wortlicher Köpfe“ ablehnen kann? Wenn das so beweihräucherte System Schacht Pleite macht und der Vorschußlorbeer verwelkt? Man soll sich nicht vor seinem Tode selig sprechen lassen!

Wehrgeist

Zur Terminologie des Nationalsozialismus gehört das Wort „Wehr“ in mannigfachen Zusammensetzungen wie Wehrgeist, Wehrgedanke, Wehrwissenschaft. Der Nationalsozialismus erblickt seine Aufgabe in der Erziehung des Volkes zum Wehrgedanken. Ueber die Bedeutung dieser Ausdrücke ist nicht der mindeste Zweifel. Es handelt sich um die Erziehung zum Kriege und den Kriegsgedanken, um den Geist des neuen deutschen Militarismus. Die nationalsozialistische Auslandspropaganda legt den größten Wert darauf, diesen klaren Sinn zu verschleiern. Sie versteckt sich hinter der Behauptung, daß das Wort „Wehr“ gleichbedeutend sei mit Verteidigung. Vor einiger Zeit hat ein Verteidiger des neuen deutschen Militarismus in einer Zuschrift an den „Manchester Guardian“ behauptet, Wehrgeist bedeutet den Geist der Verteidigung, die deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft sei nicht eine Gesellschaft für Militärpolitik und militärische Wissenschaften, sondern für Verteidigungspolitik und Verteidigungswissenschaft.

Durch diese bewußte und systematische Verfälschung des Sinnes des Wortes „Wehr“ arbeitet die jetzige deutsche Vorkriegspropaganda darauf hin, den nächsten Krieg auf jeden Fall als Verteidigungskrieg erscheinen zu lassen. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß es in Deutschland schon einmal einen Wehrverein

gegeben hat, der eine der Stützen der Kriegspartei vor 1914 gewesen ist. Der Vater dieses Wehrvereins war der General Keim, ein Alldeutscher von reinstem Wasser. Am 16. Oktober 1912 griff dieser General im „Tag“ die Reichsregierung an, weil sie nicht den Willen zum Kriege habe. Er warf ihr vor, daß sie „vor aller Welt ihr offenes politisches Unvermögen habe zugestehen müssen“ und schrieb dann:

„Mit dem Willen zum Kriege muß auch der Entschluß zur rücksichtslosen Offensive verbunden sein, weil eben nur Offensive den Sieg verbürgt. Deshalb ist es auch eine so wenig erfreuliche Erscheinung, wenn in Deutschland, das, wie ich kürzlich durchaus zutreffend las, den gesichertsten Platz in der ganzen Welt einnimmt, es zum amtlichen und parlamentarischen Gebrauch geworden ist, stets von der „Verteidigung“ seitens Deutschlands zu reden, für die es gerüstet sein muß. Nein, zum Angriff muß Deutschland gerüstet sein, genau wie 1870.“

Nach diesem Bekenntnis des Vaters des Wehrvereins dürfte wohl über die wahre Bedeutung des Wortes „Wehr“ in allerhand Zusammensetzung kein Zweifel mehr sein, zumal wenn das Wort von einer Bewegung gebraucht wird, die die Erbin der alldeutschen Ideen ist. General Keim tröstete sich 1912 über das „offenbare politische Unvermögen“ der Reichsregierung mit dem Satze:

„Wenn der Wille zum Krieg in der Seele eines Volkes Wurzel geschlagen hat, so vermögen alle diplomatischen Künste ihn auf die Dauer nicht auszurotten.“

Das scheint uns eine treffende Illustration zu den Friedensreden Adolf Hitlers zu sein!

BÜCHERSCHAU

Georg Decker: Revolte und Revolution. Der Weg zur Freiheit. Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad 1934. 36 Seiten. Preis K 7.—.

Das Schwergewicht der vorliegenden Broschüre liegt in der Feststellung, daß zur Formung des revolutionären Willens nicht nur die kühle Vernunft, sondern auch das Gefühl, die Leidenschaft gehört. Den seelischen und moralischen Faktoren muß in der sozialistischen Bewegung mehr Raum gegeben werden. „Im Volke der Untertanen soll der Geist der inneren Freiheit erweckt werden.“ Nur wenn zu der materiellen Unzufriedenheit das Bewußtsein hinzukommen wird, daß die gegenwärtige Art zu existieren nicht menschenwürdig ist, kann der

politische Wille, gegen die Diktatur zu kämpfen, geformt werden.

In dem Fehlen des Willens zur politischen Macht sieht Decker eine der wichtigsten Ursachen des Versagens der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Erscheinung war historisch bedingt. Die deutsche kulturelle Entwicklung, die auf vielen Gebieten gewaltige Fortschritte zeitigte, wies gleichzeitig wesentliche Lücken auf, die dahin führten, daß dem deutschen Volke einige Eigenschaften eines Kulturvolkes mangeln. Die wichtigste Lücke war die, daß dem deutschen Volke die Entwicklung der Personalkultur fehlte, die bei anderen Völkern zum wesentlichen Inhalt ihrer neueren Geschichte gehört. Die Folge

war, daß der Untertanengeist ein untrennbarer Bestandteil des deutschen Volkscharakters wurde. Ein weiteres geschichtliches Manko bestand darin, daß die Modernisierung des Staatswesens stets von oben her vorgenommen wurde und daß die politischen Rechte und Freiheiten niemals Gegenstand offener Volkskämpfe waren. Decker zitiert den Satz des berühmten Rechtslehrers Rudolf Jhering, der schon vor 60 Jahren schrieb, daß die Notwendigkeit des Kampfes um das Recht zwischen ihm und den Völkern dasselbe innige Band knüpfe wie zwischen der Mutter und dem Kind. Diesen Kampf, der den Einsatz des eigenen Lebens fordert, hat das deutsche Volk, abgesehen von der kurzen Episode der Revolution von 1848, niemals geführt. Diese Tatsache wirkte sich naturgemäß auch in der Taktik der deutschen sozialistischen Bewegung aus:

„Der Weisheit letzter Schluß war: „sich nicht provozieren zu lassen!“, während die gewaltige Aufgabe der politischen Erziehung des Volkes, d. h. vor allem der Ueberwindung seines Untertanengeistes nur durch das Herbeiführen ständiger Konflikte mit den herrschenden Gewalten, nur durch ständige Uebung im Kampfe um die Herrschaft des Volkes, um die wahre Selbstverwaltung und um die Rechte der menschlichen Persönlichkeit auf allen Gebieten des Lebens gelöst werden konnte. Deshalb war es nicht zuletzt die Schuld der deutschen sozialistischen Bewegung, daß in Deutschland, nachdem die demokratischen Formen erreicht wurden, die erste und unerläßliche Voraussetzung für die Entwicklung zur wirklichen Demokratie fehlte: das demokratisch gesinnte Volk. Das bedeutet, daß der deutschen Demokratie

und dem deutschen Sozialismus (die Kommunisten nicht ausgenommen) auch der wahre Wille zur Macht fehlte.“

Diese Feststellung ist zweifellos richtig. Dennoch gibt Decker Anlaß zu Mißdeutungen, wenn er anschließend sich gegen die jetzt in Deutschland stark verbreitete Neigung wendet, schwere Fehler der sozialistischen Politik in den letzten Jahren in erster Linie auf das Abweichen von der „marxistischen“ Tradition der deutschen sozialistischen Bewegung zurückzuführen. Es mag zutreffen, daß auch in der Vorkriegszeit zwischen der Theorie und der Praxis der sozialistischen Bewegung eine tiefe Kluft bestand und daß damals allzu mechanische Vorstellungen über die Probleme des politischen und wirtschaftlichen Lebens vorherrschten. Aber wenn jetzt in den illegalen Kreisen der deutschen Sozialdemokratie die Neigung besteht, zu der „marxistischen Tradition“ des deutschen Sozialismus zurückzukehren, so ist damit nicht die Mechanisierung und Verballhornung des Marxismus in der Vorkriegszeit gemeint, sondern die Säuberung der marxistischen Bewegung von jenen antirevolutionären Verballhornungen, die in der Periode des Reformismus und der „Wirtschaftsdemokratie“ entstanden. Diese Säuberung steht keineswegs im Widerspruch mit der fundamentalen These Deckers, daß nicht nur die ökonomischen Faktoren, sondern auch die Gefühle und Leidenschaften einen bestimmenden Einfluß auf die Handlungsweise der Menschen ausüben. Sie hilft uns vielmehr, zu dem Kern der marxistischen Revolutionstheorie vorzustoßen, die allein die richtige Synthese zwischen den ökonomischen und geistig-seelischen Faktoren, zwischen den „objektiven“ und „subjek-

tiven“ Voraussetzungen der Revolution schafft und ihren umwälzenden Charakter herausarbeitet. Dies und nur dies haben die Bestrebungen im Auge, die auf eine „Rückkehr zum Marxismus“ hinzielen. Sie sollen uns davor bewahren, daß die mechanistische Verflachung des Marxismus durch eine voluntaristische ersetzt wird — ein Ziel, dem sicherlich auch Decker seine Zustimmung gibt. Xenos.

*

Walther Rode: Deutschland ist Caliban. Europa-Verlag, Zürich 1934. 190 Seiten.

„Caliban, das ungestaltete Scheusal in der Komödie „Der Sturm“ von Shakespeare — schreibt der Verfasser in einer Fußnote auf S. 151 — ist ein Inselsohn, ist das bodenständige, zufällig Menschenantlitz tragende Geschöpf der isolierten Erde, ist Wildheit, Treulosigkeit und Roheit in Person.“

Dieser Satz kennzeichnet Inhalt und Tendenz der Schrift. Der ganze deutsche Urwald, mit seinen Herdenmenschen und mißgestalteten Führern, mit seinen barbarischen Instinkten und kriegerischen Zielen, marschiert auf. Aber wie? Nicht in peinlich genauen Darstellungen, sondern im Blitz und Donner einer satirischen Auseinandersetzung, die ihresgleichen nicht hat. Das blitzt und funkelt von eleganten Florettstößen und vernichtenden Säbelhieben, die auf den Gegner niederprasseln. Kein Hieb geht daneben — alle treffen die Fratze des Dritten Reiches, den ungeschlachteten Caliban, der nach Niederwerfung und Mundtotmachung aller freien Menschen den Sklavenstaat Deutschland repräsentiert.

Zeiten der Tyrannei und der Geistesknechtschaft schaffen den Typus der mit Herzblut geschriebenen politi-

schen Streitschrift. Wir kennen sie aus dem vorrevolutionären Frankreich, aus dem deutschen Vormärz, aus dem zaristischen Rußland. Der berühmte Wiener Verteidiger und Pamphletist hat sie für Deutschland — und indirekt auch für Oesterreich — zu neuem Leben erweckt. Glühende Leidenschaft, tiefes Rechtsgefühl, Haß gegen alles Barbarische, Rückständige, Verkrampfte bricht aus jeder Zeile seiner Schrift hervor. Er untersucht nicht, er greift an. Er hält Gericht über den tierischen deutschen Nationalsozialismus, über die Blödheden des Rassismus, über den Betrug des „deutschen Sozialismus“, über die kommerziellen Allüren der „nationalen Revolution“, der ihr Diebesgut heilig ist, über den Postenfeldzug der Hitlertruppen, für die die „nationale Erhebung“ nur Anlaß zum Schichtwechsel ist; er schildert die ungeheure internationale Gefahr des deutschen Faschismus, der über die Grenzen hinaus drängt und die Kulturwelt vor die Schicksalsfrage stellt: Sein oder Nichtsein? Klar sieht er den Ausweg nicht — dazu ist seine intellektuelle Skepsis zu groß —, aber aus seiner flammenden Anklageschrift ergibt sich für jeden frischen, unverbrauchten Menschen die Konsequenz: Kampf und nochmals Kampf der Barbarei des Hitlerismus!

Der einzige Mangel der Schrift ist, daß sie in manchen Partien zu viel Schulweisheit voraussetzt und auf den Intellektuellen zugeschnitten ist. Befreit von überflüssigem Ballast, könnte sie ein revolutionäres Volksbuch sein, das mit seinem sprühenden Witz, seiner treffsicheren Satire, seinen psychologischen Offenbarungen die Mauern der Dummheit, Ueberheblichkeit und Gleichgültigkeit, auf denen das Hitlerreich ruht, mit zerstören helfen würde. Viator.

Heinrich Mann und ein junger Deutscher. Der Sinn dieser Emigration. Verlag Europäischer Merkur, Paris.

Tausende sind hinausgegangen, fast alle Unbekannte und Ungenannte. Von den wenigen, deren Namen Deutschland und der Welt einiges sagt, leben die meisten in stiller Verborgenheit, weil sie für sich oder für ihre Angehörigen den Zorn der Machthaber fürchten. Und so sind es von den wenigen wieder nur ganz wenige, die mit ihrem Ansehen und ihrer geistigen Potenz den Kampf gegen Deutschland von heute und für das Deutschland von morgen führen. Unter ihnen ganz vorne steht der Dichter Heinrich Mann.

Während andere mit ihrer Kunst irgendeine Mittellinie suchen, auf der sie vielleicht ebensogut vor den anständigen Menschen wie vor Göbbels und Johst bestehen können, sendet der tapfere Dichter Heinrich Mann eine Streitschrift nach der anderen in die Welt; und obwohl er als Mann um die Sechzig sich schon in dem Alter befindet, in dem nach der Ueberzeugung mancher Jungen die Verkalkung unaufhaltsam fortschreitet, scheint er mit jedem Schlag stärker zu werden und sich höher zu recken. Seine neue kleine Schrift „Der Sinn dieser Emigration“ ist ruhiger, abgeklärter als der leidenschaftlich überschäumende

„Haß“, sie wirkt darum noch stärker.

Mit den Ausführungen Heinrich Manns über den „Sinn dieser Emigration“ hat der Verlag des „Europäischen Merkur“ in Paris die Schrift eines ungenannten jungen Deutschen, „Arbeit für übermorgen“, zu einem Bändchen vereinigt. Der junge Deutsche ist in vielem mit Heinrich Mann gleichen Sinnes. Er schadet aber seiner guten Sache, indem er, ohne die notwendigen Kenntnisse zu besitzen, Kritik am Marxismus übt. Was ihm als Rettungsmittel vorschwebt, ist eine Synthese von Liberalismus und Sozialismus und eine Transformierung des Marxismus ins Idealistische. Daß über diesen Gegenstand schon eine große Literatur existiert, scheint ihm entgegen zu sein.

Beide Autoren — Heinrich Mann und der junge Deutsche — begehen den gleichen Fehler, wenn sie in der deutschen Emigration eine Art deutscher Aristokratie erblicken. Namentlich dem jungen Deutschen muß man sagen, daß wir alle, die wir draußen sind, Grund zur Bescheidenheit haben. Das Höchste am Mut, das wir entwickeln können, ist nichts gegenüber dem Heroismus jener, die im Innern den stillen Krieg gegen das Regime führen. Ihnen zu helfen, indem wir die Weltmeinung für sie und unseren gemeinsamen Kampf mobilisieren, das scheint uns der eigentlichste „Sinn einer Emigration“.

F. St.